

PROGRESS

MAGAZIN DER ÖSTERREICHISCHEN HOCHSCHÜLERINNENSCHAFT 02/10

www.progress-magazin.at

Interview

Beatrix Karl über die Situation österreichischer Studierender

Innovation

Wie die neuen Medien Wissen vermitteln und verändern

Innenleben

Hans Rauscher über den Anti-Faschismus und Österreich

Interpretation

Die Symbolik des Wales als Utopie und Warnung

P.b.b. | Erscheinungsort Wien | Verlagspostamt 11040 | GZ02Z031545 M | EURO, 73



Heer ohne Zukunft

Österreichs Armee am Boden

www.oh.ac.at



Diagonale 2010

Festival des
österreichischen Films
Graz, 16.-21. März



Tickets & Programm

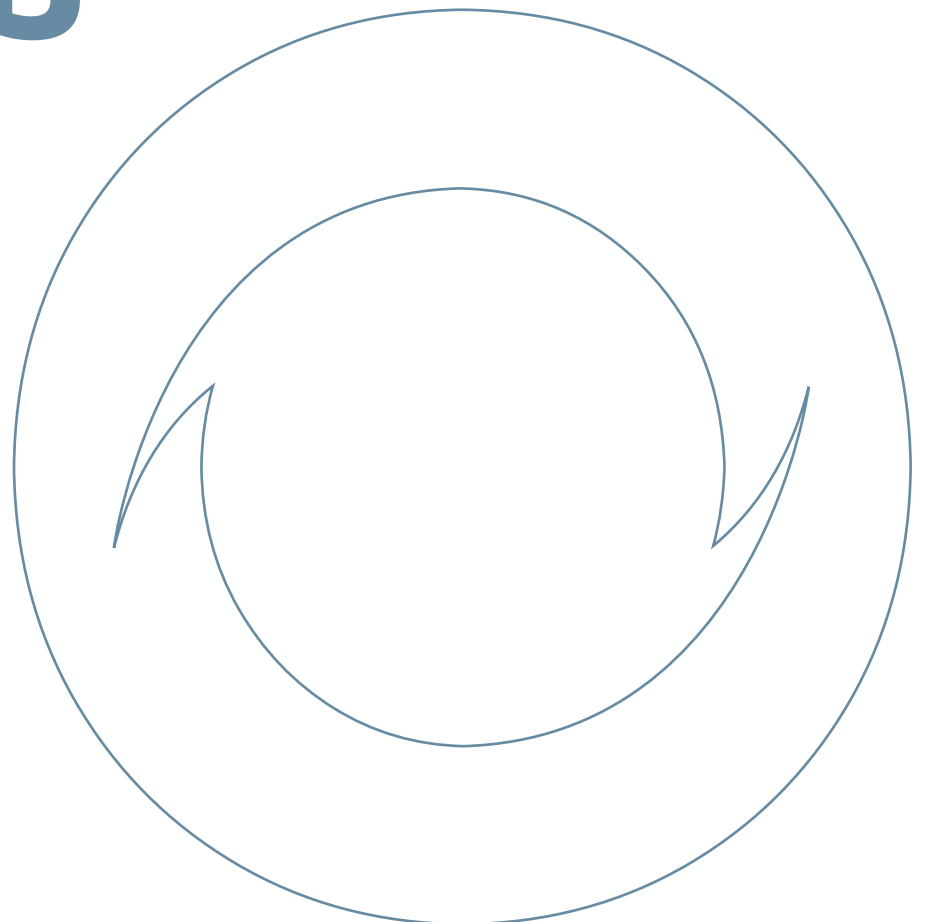
ab 6. März im Kunsthaus Graz,
im Café Promenade und unter der
A1 Freeline 0800 664 080.
Ab 17. März auch in den Festivalkinos
www.diagonale.at

PROGRESS

lesen heißt
abonnieren.

Wer **PROGRESS** haben möchte, ist mit einem
Abonnement gut bedient. Das kostenlose Abo sichert
dir dein ganz eigenes Heft - frisch aus der Druckerei.
Wer **PROGRESS** mitgestalten möchte, sollte einfach
vorbeischaun.

Mehr auf www.progress-magazin.at



Cover

4 Nicht einsatzbereit?

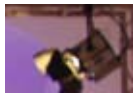
Das österreichische Bundesheer kommt aus den Negativschlagzeilen nicht heraus. Ein Bericht über bröckelnde Wände, kaputte Panzer und den Sinn und Unsinn des österreichischen Bundesheeres.

ÖH

8 Chinesisch lernen in der Schule

Chinesisch soll in Wien als Lehramtsstudium angeboten werden.

9 Higher Education Reloaded



Rückblickend betrachtet: Bericht rund um den Higher Education Reloaded Kongress 2010.

10 E-Wissen und der Hype um neue Medien

Welche Funktion erfüllen die neuen Medien im Bereich der Universität?

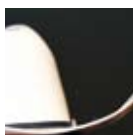
12 Service, das hilft

Politik

14 Kein Goldesel

Die neue Wissenschaftsministerin Beatrix Karl im Interview.

16 Ein Putsch ist ein Putsch ist ...



Ein Rückblick auf den Putsch gegen den demokratisch gewählten Präsidenten von Honduras, Manuel Zelaya.

Dossier



Diesmal geht es im Dossier um das Thema Antifaschismus und die damit zusammenhängenden Bereiche wie zum Beispiel Burschenschaften, den WKR-Ball und das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes.

18 Auf der Suche nach einer Definition

19 Weitertanzen? Weiterkämpfen!

21 Good Cop, Bad Cop, Robocop

22 Olympia oder der Lebensbund des

Dritten Nationalratspräsidenten

23 Mit der Wissenschaft gegen das Unrecht

24 Inglorious Unbewusstheit

Feuilleton

26 StudentInnen - die furchtlosen

KöchInnen

Wie der Essensalltag von StudentInnen tatsächlich aussieht.

27 Der Wal als Utopie



Studierende der Universität für angewandte Kunst konzipierten einen 14 Meter langen Wal. Ein Deutungsversuch.

28 Freie Computerindustrie?!

Auf den Spuren der untragbaren Produktionsbedingungen in der Computerindustrie.

29 Buchrezension

UNI BRENNT - Das Buch zu den Uni-Protesten 2009.

30 Kommentar

Hans Rauscher schreibt über Antifaschismus in Österreich.

31 ESNA - Nachrichten aus Europa

Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser!

Die erste **PROGRESS**-Ausgabe des Sommersemesters ist da, und wir hoffen – im ganzen Sinne von „nomen est omen“ – dass mit dem Sommersemester auch bald der Sommer kommen wird.

Während wir diese Ausgabe produzierten, haben wir – wieder einmal – versucht, mit der FM4-Redaktion, die Fenster an Fenster zu unserer liegt, Kontakt aufzunehmen. Und obwohl wir es dieses Mal sogar mit Feuerwerkskörpern, Rauchzeichen und Tröten probiert haben, gab es keinen Erfolg. Dabei wollten wir uns von den KollegInnen in der FM4-Redaktion doch nur „Rettet die Wale“ von Gustav wünschen.

Apropos Wale: Die Universität der angewandten Kunst hat einen 14 Meter langen Wal gebaut, der während des EU-Bildungsgipfel vor dem Burgtheater stehen soll (S. 27), im Politikteil findet sich ein Interview mit Beatrix Karl, der neuen Wissenschaftsministerin (S. 14 & 15), und natürlich empfehlen wir euch die Cover-Geschichte über Österreichs marodes Bundesheer (S. 4 bis 6) und das Dossier mit dem Schwerpunkt Antifaschismus (S. 17 bis 24). Hinweisen wollen wir auch auf den Gastkommentar von Hans Rauscher, der sich ebenfalls mit dem mehr oder eher weniger vorhandenen antifaschistischen Grundkonsens der Zweiten Republik auseinandersetzt.

Wir wünschen euch alles Liebe und viel Spaß bei der Lektüre,

eure **PROGRESS**-Redaktion

IMPRESSUM

PROGRESS – Magazin der Österreichischen HochschülerInnenschaft, Ausgabe 2/2010, Erscheinungsmontat: März

Medieninhaberin: Österreichische HochschülerInnenschaft, Taubstummengasse 7-9, 1040 Wien

HerausgeberInnen: Sigrid Maurer, Thomas Wallerberger, Benedikt Ruš

ChefInnenredaktion: Lucia Bischof, Ann-Katrin Slupek, Wolfgang Zwander

RedakteurInnen dieser Ausgabe: E. Barta, A. Emanuely, L. Eichberger, A. Fanta, C. Girardi, N. Hofmüller, L. Horvath, O. Kaiser, L. Kirsch, P. Larndorfer, E. Maltschnig, H. Rauscher, L. Rosenberg, A. Sawerthal, J. Scholz, M. Seehuber, A. Sklenicka, A. Swierczek, S. Tacha, G. Wakounig, S. Wollner

Lektorat: A. Palienko, A. Lehner

Layout: T. Jenni, J. Kolda

Cover-Fotos: G. Romanow, **Dossier-Fotos:** D. Novotny, **Ressortcover-Fotos:** J. Kolda

Inserate: Öffentlichkeitsreferat, presse@oeh.ac.at

Artikelvorschläge können per E-Mail oder in den Redaktionssitzungen eingebracht werden. Kontakt siehe unten. **Kommende Redaktionssitzungen** (Taubstummengasse 7-9), Donnerstag, 22. April um 19 Uhr

Gratis-Abo anfordern! www.progress-magazin.at

Telefon: 01/310 88 80-61

E-Mail: progress@oeh.ac.at

Web: www.progress-magazin.at

Auflage: 120.000 Stück

Druck: Leykam, Neudörfel

Nicht einsatzbereit

Das Bundesheer kostet die ÖsterreicherInnen Millionen Euro an Steuergeld und trotzdem müssen die SoldatInnen in maroden Kasernen hausen. Die Geschichte eines großen Widerspruchs, der von der Politik achselzuckend hingegenommen wird.



LOLA KIRSCH

Ein Skelett ohne Muskeln soll das Bundesheer sein. Ja, sogar ganz ohne Fleisch. Abgemagert bis auf die Knochen und völlig entkräftet. Das Bild stammt von Eduard Paulus, dem Präsidenten der Offiziersgesellschaft. Im Interview mit der Presse prangert er die Missstände im Heer an: Desolate Kasernen, der ungerechtfertigte Assistenzinsatz an der Grenze, keine Volltruppenübungen für die Miliz. Für ihn sei die Bundesheerreform 2010 tot. Für andere nicht. Vehement bestreitet Verteidigungsminister Norbert Darabos im Standard die Vorwürfe: „Ich halte jene, die da irgendwie uns ans Bein pinkeln wollen, für unpatriotisch und auch populistisch im letzklassigsten

Sinn.“ Die Miliz sei einsatzbereit, der Assistenzinsatz voll und ganz gerechtfertigt. Auch wenn er anscheinend nur dem subjektiven Sicherheitsgefühl der BurgenländerInnen dient.

Kritik und Beschwichtigung. Beschlossene Reformen. Später sollen sie nur halbherzig durchgeführt werden. Darauf folgt abermals Kritik und das Spiel beginnt von vorne. Geändert hat sich seit Jahren kaum etwas. 120 Empfehlungen wurden in den Entwurf der „Heeresreform 2010“ unter der Leitung des verstorbenen AltbürgerInnenmeisters Helmut Zilk geschrieben. Bisher wurden davon 44 zum Teil, zwölf gar nicht umgesetzt. In der Zwischenzeit wird das geringe Militärbudget – 2008 machte es etwa 2,04 Milliarden Euro aus – gedankenlos verschleudert. Beim rechtlich bedenklichen Assistenzinsatz in Burgenland beispielsweise. Bei

den StaatssportlerInnen im Heeresport. Oder in den völlig unterbelegten Militärspitälern.

Die FPÖ und die Blumensamen. Das Bundesheer steckt in der Krise. Anstelle eines konstruktiven Nachdenkens über eine Reform, die finanzierbar ist und funktioniert, ist wie so oft in Österreich die Diskussionsunfähigkeit getreten. Während sich der Offizier Eduard Paulus in offenen Briefen mit dem SPÖ-nahen Chef des Generalstabes Edmund Entacher befetzt, zieht Verteidigungsminister Norbert Darabos eine beleidigte Schnute in Anbetracht der Kritikflut. Auch die Parteien im Parlament suchen nicht nach einem Grundkonsens, sondern vertreten eifrig ihre Position. Die SPÖ ist beispielsweise für den Grenzeinsatz im Burgenland, die ÖVP dagegen. Das BZÖ fordert

die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht, die Grünen beschwerten sich gebetsmühlenartig über die mangelnde Einsatzbereitschaft der Eurofighter. Die skurrilsten Wortmeldungen kamen jedoch von der FPÖ, die die Blumensamen, die Darabos am Valentinstag Soldatinnen schicken ließ, zum Thema machten. Kaum ein Verantwortlicher meldet sich dieser Tage jedoch mit konkreten Vorschlägen zu einer Exit-Strategie in der Bundesheer-Misere.

Duschen wie im Weltkrieg. „Wo Kasernen verfallen, verfällt die Armee!“ steht in Blockbuchstaben auf einem vergilbten Plakat. Es ist an eine baufällige Kaserne angebracht. Die Buchstaben sind ausgebleicht von der Sonne, Putz bröckelt von der Wand. „Wohn- und Hygienestandards in bestehenden Kasernen entsprechen alters- sowie nutzungsbedingt weder den Anforderungen noch den Bedürfnissen von Grundwehrgenossen und dem Kaderpersonal“, kritisiert die Volksanwaltschaft in ihrem vor kurzem erschienenen Bericht über den Zustand vieler Bundesheerkasernen. Eine davon ist die Khevenhüller-Kaserne in Klagenfurt. Seit etwa 70 Jahren wurde kaum etwas an der Bausubstanz verbessert. Doch nicht nur das Fundament bröckelte, auch die Einrichtungsgegenstände wirken antiquiert: „Die Duschen im Keller wirkten so alt, als ob sie vor 1945 gebaut worden wären, und die Matratzen waren so verstaubt, dass wir sie bei Dienstantritt zuerst einmal eine halbe Stunde lang ausklopfen mussten“, erinnert sich Martin B., der die Khevenhüller-Kaserne vor etwa zwei Jahren bezog. Am meisten kritisierte die Volksanwaltschaft jedoch den Spitaltrakt der Kaserne. Den Verletzten würde weder ein Lift noch Krankenbetten zur Verfügung stehen. Verteidigungsminister Darabos versuchte die Vorwürfe ein wenig zu entkräften, indem er darauf hinwies, dass während seiner Amtszeit bisher 311 Millionen Euro in die Infrastruktur investiert wurde. Notwendig wäre dem Verteidigungsministerium zufolge jedoch mehr als eine Milliarde Euro, um die Kaserneninfrastruktur wieder auf Vordermann zu bringen. Woher aber so viel Geld nehmen? Wenn sich die PolitikerInnen schon nicht zu größeren Reformen durchringen können, so könnten sie zumindest in einigen Bereichen sparen.

Darabos' umstrittenstes Projekt ist wohl der rechtlich fragwürdige Assistenzeinsatz im Burgenland und in Niederösterreich. Als Ungarn, Tschechien, die Slowakei und Slowenien 2008 dem Schengener Abkommen beitraten, verlor das österreichische Bundesheer eine seiner Hauptkompetenzen – den Grenzschutz. Den wollten sich die SicherheitsfanatikerInnen und taktischen PolitikerInnen jedoch nicht nehmen lassen. Es müsse für

die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger gesorgt sein – seit zwei Jahren schleichen nun 18-jährige Soldaten durchs Landesinnere. Im Notfall dürfen sie lediglich die Polizei rufen. Dafür können sie gebrechlichen PensionistInnen über die Straße helfen oder vergessliche AutobesitzerInnen ans Zusperrern erinnern. „Es ist so langweilig, stundenlang immer die gleichen Straßen entlangzulaufen“, klagt der Grundwehrgenosse Kevin S., „es passiert einfach nichts.“ Ganze neun illegale EinwandererInnen griffen Soldaten 2009 im Burgenland und in Niederösterreich auf. Kein großer Fisch war darunter. Laut Berechnungen des Rechnungshofes beliefen sich die Kosten des Assistenzeinsatzes Schengen zwischen Ende Dezember 2007 und Ende April 2009 auf 29,3 Millionen Euro. Eine unglaubliche Summe für eine sinnlose Tätigkeit, die das politische Kalkül des Verteidigungsministers zu verraten scheint – wäre es nicht schön, Landeshauptmann vom Bundesland mit den meisten Sonnenstunden zu sein?

Auf eine andere „Baustelle“ des Bundesheeres hat ebenfalls der Rechnungshof hingewiesen. Kritisiert wurden die teuren Militärspitäler. Geringe Auslastung (25,4 Prozent im Vergleich zu 75 Prozent bei zivilen Spitälern), Nebenjobs der Militärärzte und fehlende Kooperation mit anderen öffentlichen Krankenhäusern sind nur ein paar Punkte. Auch die „Belegstage“ kosten in Militärspitälern rund doppelt so viel. Eine Berechnung aus dem Jahr 2003 ergab, dass ein Tag in einem Militärspital 1.654 € kostet. Trotz der hohen Kosten muss das Heer viele medizinische Leistungen zukaufen. Aus dem Bericht des Rechnungshofes geht hervor, dass sich 2008 die Summe der externen Leistungen auf 5,6 Millionen Euro belaufen hat. Das vernichtende Urteil des Rechnungshofes: „Jegliche Planungsgrundlagen für die militärischen Krankenanstalten fehlen.“

Dass die planerischen Köpfe weder im Verteidigungsministerium noch im Bundesheer zu Hause sind, zeigen auch die fragwürdigen Maßnahmen der Dezentralisierung, die sich durch die Bundesheerreform ergeben haben. Aus einem Artikel des Kurier geht hervor, dass das Wiener Arsenal, wo die meisten Panzer repariert worden sind, aufgelassen werden soll. Nun steht jedoch der Großteil der Panzerverbände rund um Wien. Künftig sollen die Panzer jedoch zur Reparatur nach Graz, Klagenfurt, Salzburg und Wels geliefert werden. Das ist nur ein Beispiel von vielen, wie unnötigerweise Panzer, Papier oder Fahrzeuge quer durch Österreich transportiert werden.

Österreich und seine Neutralität. Warum ein marodes Bundesheer, das Unsummen an Geld

frisst, nicht überhaupt abschaffen? Wer braucht schon ein Heer, das nur bedingt einsatzbereit ist, das zufolge innerster Kreise nur ein Skelett ohne Muskeln und Fleisch ist? Wem würde das Heer fehlen? Österreich liegt nicht mehr im Spannungsfeld von Ost und West, am meisten bedroht ist der Kleinstaat durch Terrorismus und dem kann ohnehin nur mit vereinten Kräften entgegengetreten werden. Naturkatastrophen wie Lawinenabgänge könnte auch der Zivilschutz bewältigen – warum braucht man dazu ein Heer?

Österreich ist nach dem Staatsvertrag zu einer „bewaffneten Neutralität“ verpflichtet, außerdem stellen sich dem Bundesheer auch noch heute ganz konkrete militärische Aufgaben, die seine Existenz legitimieren.

Im Zuge des US-amerikanischen Kriegs gegen den Terror sollen zum Beispiel dutzende Flugzeuge der CIA über Österreich geflogen sein, in denen Gefangene des Geheimdiensts illegal durch Europa transportiert worden sind. Ohne eine funktionierende Staffel an Abfangjägern, ist solchen Überflügen nicht beizukommen.

Aber auch wenn Österreich seine Neutralität eines Tages aufgeben sollte, wird es eine Armee geben. Nach Informationen der Wiener Zeitung arbeitet die rot-schwarze Regierung an einer neuen Sicherheitsdoktrin, die im Wesentlichen auf zwei Ziele ausgerichtet ist: auf die im Lissabon-Vertrag festgemachte EU-Beistandsverpflichtung und auf das Neutralitätsgesetz. Dass sich die beiden Punkte eigentlich widersprechen, darüber schweigt die Regierung bisher.

Überhaupt stellen die Pläne für eine gemeinsame europäischen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik ein immer größeres Problem für das neutrale Österreich dar. Beinahe alle großen EU-Staaten sind Nato-Mitglieder und dementsprechend gibt es unter EU-PolitikerInnen auch zwei dominante Vorstellungen, wie sich Europas militärische Zukunft entwickeln soll. Der eine Teil plädiert für eine stärkere Einbettung der europäischen Truppen in die Nato, der andere Teil drängt auf eine eigenständige europäische Armee.

Sollten sich die Nato-BefürworterInnen durchsetzen, dann bekommt das neutrale Österreich ein Problem. Denn Österreich wird 2011 erstmalig an einer EU-„Battlegroup“ teilnehmen und laut Empfehlung der Bundesheer-Reformkommission soll künftig sogar die Führung einer „Battlegroup“-Brigade angestrebt werden. Wie das langfristig in einer von der Nato dominierten Armee ohne Nato-Mitgliedschaft möglich sein soll, darüber steht im Empfehlungsschreiben nichts. ◀

Wehrpflicht, wie sie jetzt funktioniert, abschaffen:

Kommentar von Lola Kirsch

Vor zwanzig Jahren fiel der Eiserne Vorhang. Die Angst vor einem großen europäischen Konflikt zwischen Ost und West, in den Österreich hineingezogen werden könnte, ist passé. Heutzutage gibt es andere Herausforderungen: Terrorismus beispielsweise oder internationale Krisen, vor denen selbst ein neutraler Kleinstaat nicht die Augen schließen kann. Seit 1995 ist Österreich Mitglied beim Nato-Projekt Partnership for Peace. Auch bei den UNO-Einsätzen wirkt das österreichische Bundesheer freiwillig mit. Einsätze in Afghanistan, im Tschad oder im Kosovo haben gezeigt, dass auch Österreich Verantwortung tragen kann. Erst kürzlich erwähnte Außenminister Michael Spindelegger im Interview mit den Salzburger Nachrichten, dass nach der Befriedung des Balkans neue Herausforderungen im Ausland auf die österreichischen SoldatInnen warten – er könnte sich beispielsweise vorstellen, sie in den bürgerInnenkriegsgeplagten Libanon zu schicken.

Nach derzeitigem Stand schaut es kaum so aus, dass das österreichische Bundesheer solchen Herausforderungen gewachsen ist. Österreich hat das viertniedrigste Militärbudget europaweit, gleichzeitig versickern die finanziellen Mitteln in skurrilen Umstrukturierungen, unnötigen Assistenzsätzen und teuren Militärspitälern (siehe Artikel). Während

durch die Reform einerseits wichtige Arbeitsplätze eingespart werden, fehlen dem Bundesheer die Rekruten. Psychisch belastbare und qualifizierte Soldaten sind Mangelware. Marode Kasernen und veraltete Geräte stellen nicht unbedingt einen Anreiz dar, dass man sich als junger Mensch nach sechs Monaten Wehrdienst weiter verpflichtet.

Ist eine allgemeine Wehrpflicht 2010 überhaupt noch zeitgemäß? Meiner Meinung nach ist sie es nicht. In Zeiten der Gleichberechtigung erscheint es mir als eine Farce, dass ein Teil der Bevölkerung noch immer dazu gezwungen wird, sechs Monate lang den Dienst an der Waffe zu lernen. Viel besser wäre es doch die Wehrpflicht ganz abzuschaffen und ein verpflichtendes soziales Jahr für Männer und Frauen sowie ein Berufsheer einzuführen.

Dafür wäre einerseits eine Zweidrittelmehrheit im Parlament nötig, um den Artikel 79, Paragraph 1 der österreichischen Bundesverfassung zu ändern, andererseits ein höheres Militärbudget sowie eine vollkommene Umstrukturierung des Militärssektors. Ein Berufsheer würde eine höhere Professionalität durch bessere Ausbildung bringen. Es wäre jederzeit verfügbar und überall einsetzbar. Zusätzlich könnte das Bundesheer aus einem motivierten Pool an BerufssoldatInnen fischen, da die jungen Männer und Frauen aus Überzeugung beim Heer sind. In Österreich, wo das Militär der Bevölkerung so lange egal ist, solange es nicht zu viele Steuergelder frisst, ist ein Berufsheer jedoch kaum durchsetzbar. ◀





Wider dem Winterschlaf

Kommentar der ÖH-Bundesvertretung

Wir haben ja nicht mehr daran geglaubt, aber kürzlich ist das Unfassbare geschehen – der Frühling hat sich angekündigt. Und so wie die Umwelt mit neuem Elan drangeht, den grauen Winter zu verdrängen, tun sich auch in der ÖH neue Projekte auf. Wir starten mit aktualisierten Broschüren, frischen Kampagnen und großen Kongressen ins Semester (die entsprechenden Berichte findet ihr wie immer im Blattinneren).



Eva Maltschnig, Thomas Wallerberger, Sigrid Maurer, Benedikt Rust

Im Gegensatz zu uns ist die Politik noch im Winterschlaf, hochschulpolitische Innovationen sind momentan nicht in Sicht. Aber zumindest eine neue Ministerin haben wir bekommen

– Beatrix Karl ist seit geraumer Zeit für die österreichischen Unis und FHs verantwortlich. Noch sieht es nicht so aus, als würde sie die Hochschulpolitik revolutionieren, aber wer weiß, vielleicht erwartet uns ja das Unerwartete. Von „more of the same“ haben wir jedenfalls die Schnauze voll, darauf lautstark hinzuweisen wird unsere Aufgabe in den nächsten Monaten sein.

Auch der Studierendenprotest hat eine Frühlingsmetamorphose hinter sich, er hat sich europäisiert und international vernetzt. Während 46 BildungsministerInnen Anfang März den Erfolg des Bologna-Prozesses präsentieren, zeigen zwischen 11. und 14. März Studierende aus verschiedensten Ländern, warum die europäische Bildungspolitik keinesfalls ein Grund zu feiern ist.

Mit der Rückkehr des Sonnenscheins steht auch ein neues Semester vor der Tür. Wir wünschen euch viel Durchhaltevermögen im alltäglichen Studi-Wahnsinn - don't let the system get you down!

KURZMELDUNGEN

Studieren probieren.

Der Einstieg ins Studium und die richtige Studienwahl fällt nicht leicht. Im *Referat für Studien- und MaturantInnenberatung* können sich deshalb angehende StudentInnen informieren und beraten lassen. Das im letzten Semester im Probelauf getestete Projekt *Studieren probieren* startet nun voll durch. *Studieren probieren* bietet dir die Möglichkeit, in einer kleinen Gruppe mit einzelnen Studierenden eine Vorlesung zu besuchen und anschließend Fragen zur Vorlesung und zum Studium allgemein stellen zu können.

Mehr Infos: [Studierenprobieren.at](http://studierenprobieren.at)

Gegengipfel.

Vom 11. bis 12. März werden die BildungsministerInnen 46 europäischer Staaten zur Zehn-Jahre-Jubiläumskonferenz des Bologna-Prozesses nach Wien und Budapest geladen. Bisher hat der Bologna-Prozess das Ziel der Vereinheitlichung des europäischen Hochschulraumes für mehr Dynamik und Mobilität verfehlt. Deshalb wird es einen Gegengipfel geben, auf dem die europäische Hochschulpolitik kritisch hinterfragt und die Vernetzung der internationalen Bildungsproteste intensiviert werden sollen.

Nähere Infos: bolognaburns.org

ESS.

Der *European Student Summit* findet zweimal jährlich statt. Der Kongress ermöglicht eine Zusammenkunft der Studierenden aus Europa. Es wird die Möglichkeit geschaffen, Fragen und Anliegen im Zusammenhang mit Studierenden aus ganz Europa zu diskutieren. Der erste *European Student Summit* für dieses Jahr findet in Wien vom 8. März bis zum 10. März an der Veterinärmedizinischen Universität Wien statt. Der Summit wird sich diesmal mit dem Thema „Bologna and Lisbon: mutually exclusive or sides of the same coin?“ beschäftigen.

Nähere Infos: <http://ess2010.org/>

Chinesisch lernen in der Schule

In Wien wird auf Hochtouren an einem Lehramtsstudium Chinesisch gearbeitet. Denn in Zukunft soll Chinesisch als Wahlfach an Mittelschulen unterrichtet werden.

ANNA SAWERTHAL

Der blonde Junge in der ersten Reihe zieht aus seiner Schultasche ein rundes Plastikschüsselchen. Er zieht den Deckel ab und kramt noch zwei Stäbchen aus der Tasche hervor. Gekonnt sticht er damit in die Schüssel und fischt einige Nudeln heraus. Neben ihm sitzt ein anderer Schüler, der gerade genüsslich in einen BigMac beißt. Er fragt Frau Wan: „Frau Professor, was heißt eigentlich Stäbchen auf Chinesisch?“ „Kuàizi“, antwortet sie. „Kuàizi“, wiederholen die sieben SchülerInnen, die an diesem Nachmittag im dritten Stock des Wiedner Gymnasiums sitzen.

Ning Wan unterrichtet dort das Freifach Chinesisch. Das Wiedner Gymnasium gehört zu den wenigen Mittelschulen, die die exotische Sprache anbieten. Jeden Dienstag wird hier gepaukt, dafür müssen die SchülerInnen 130 Euro im Semester zahlen. Es war gerade chinesisches Neujahr, also lernen die Kinder heute Schriftzeichen wie „Fest“, „Neujahr“ und „Geschenke“. Die sollen sie dann auch gleich grammatikalisch anwenden, wenn Frau Wan ihnen „weil“-Sätze erklärt. Auf Chinesisch „yĀnwèi“.

Der chinesische Knoten. In der zweiten Stunde geht's ans chinesische

Knoten knüpfen, was – wie die Sprache selbst – auch nicht leicht ist. Um die kunstvollen Dekorknoten herzustellen, muss jeder Faden richtig gelegt werden. Rot über Blau, dann eine Schlaufe, Blau über Rot und nochmal hinten rum. „So geht das nicht“, legt Michi frustriert seine Fäden beiseite. „Frau Professor, helfen Sie mir!“

Ning Wan hält ihren Unterricht sehr locker ab. Immerhin sind die Kinder freiwillig hier, meint sie. Das soll sich in den nächsten Jahren ändern. Wenn es nach dem Willen des chinesischen Bildungsministeriums und des Sinologie-Instituts der Universität Wien geht, soll Chinesisch bald schon als reguläre zweite Fremdsprache in Mittelschulen angeboten werden, gleichwertig mit Französisch oder Spanisch. Das Interesse von Schulen in Wien und Umgebung sei groß, berichtet Richard Trappl von der Sinologie.

Zu diesem Zweck bastelt die Sinologie der Universität Wien gerade an einem Lehramts-Studium Chinesisch. Denn guter Unterricht braucht gute Lehrende. Stolz präsentiert Trappl ein Foto, auf dem er gemeinsam mit Bundespräsident Fischer und einem Vertreter des chinesischen Bildungsministeriums in der „Halle des Volkes“ in Peking zu sehen ist. Sie unterzeichnen gerade einen Vertrag, der die Wichtigkeit des Lehramtsstudiums in Ös-

terreich festlegt. Konkret fehlen zwei Fächer für das Lehramt an der Sinologie: Didaktik und Sprachwissenschaften. Bisher sind die Pläne am österreichischen Bildungsministerium gescheitert, das sich nicht entscheiden kann, ob das neue Fach nach alten oder Bologna-Strukturen eingeführt werden soll. „Es mangelt außerdem an Zeit und Geld von deren Seite“, erklärt die Sinologin Susanne Weigelin-Schiedrzik.

China zahlt. Im Vertrag wurde nun festgelegt, dass die beiden Fächer trotzdem ab Herbst eingeführt werden. Studierende können sie dann rückwirkend als Lehramt anrechnen lassen – sobald sich das Bildungsministerium über die Strukturen im Klaren ist. Der noch wichtigere Punkt ist: China finanziert die ersten sechs Jahre des Projektes.

Zeitungen beschrieben bereits 2004 Chinas „Charmeoffensive“ im Westen. In den letzten sechs Jahren wurden weltweit 328 „Konfuzius-Institute“ gegründet, das chinesische Pendant zum Goethe-Institut oder dem British Council. Trappl, der auch Leiter des Wiener Konfuzius-Instituts ist, war in den 70ern einer der ersten Sinologie-Studenten in Österreich. Früher war das Studium ein Hobby, etwas vollkommen Exotisches. „Heute ist es eine Notwendigkeit“, ist er über-

zeugt und sagt: „Man kann China nicht mehr ignorieren. Um die feinen Nuancen der Sprache und der Kultur zu verstehen, muss man es kennenlernen.“

Globaler Chinesisch-Unterricht. In den USA gibt es bereits 2400 Schulen, die Chinesisch anbieten – meistens sind die Lehrenden von China finanziert. Auch in Deutschland, Frankreich oder Großbritannien wird das Fach immer populärer. Und das, obwohl die chinesische Sprache EuropäerInnen sehr fremd ist. Die Grammatik selbst sei nicht kompliziert, bestätigen sowohl Trappl als auch die SchülerInnen des Wiedner Gymnasiums. Aber es sind die Tonalität und die Schriftzeichen, die viel Disziplin und Lernaufwand benötigen. 2000 Schriftzeichen müssen gelernt werden, damit alleine eine Zeitung gelesen werden kann.

Die SchülerInnen des Wiedner Gymnasiums können momentan 50-60 Schriftzeichen erkennen, selber schreiben kann er 20, sagt Michi, während er weiter an seinem chinesischen Knoten arbeitet. Der Knoten will einfach nicht so ausschauen wie der seiner Lehrerin. Auf die Frage, was schwieriger sei, Chinesisch oder Knoten knüpfen, sind sich die SchülerInnen einig: Chinesisch.

Die Autorin studiert Tibetologie und Journalismus in Wien.

Über den europäischen Tellerrand blicken

Nach dem Beispiel anderer Länder soll Chinesisch nun auch in Österreichs Lehrplänen Einzug halten. Das Interesse an einem solchen Fach ist laut ExpertInnen groß. Progress hat Studierende gefragt, was sie von Chinesisch-Unterricht an Schulen halten:



Tamara, Rechtswissenschaften

„Finde ich grundsätzlich total interessant. Ich glaube aber trotzdem, dass ein Angebot von Sprachen wie Ungarisch oder Tschechisch für SchülerInnen in Österreich aufgrund der geographischen Nähe sinnvoller wäre.“



Alexander, Politikwissenschaften

„Es ist wichtig, dass SchülerInnen bereits früh lernen, über den europäischen Tellerrand zu blicken. Allerdings bin ich skeptisch, ob die Kommunistische Partei Chinas einen kritischen Blick auf die Politik und Geschichte des Landes zulässt.“



Anna, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften

„Wirtschaftlich gesehen bringt Chinesisch sicher viele Vorteile mit sich. Obwohl ich mir nicht so sicher bin, wie viele in der Arbeitswelt tatsächlich mit dieser Sprache zu tun haben werden, finde ich es einen spannenden Ansatz.“

Higher Education Reloaded

Am Wochenende vom 19. bis 21. Februar fand der von der ÖH organisierte Kongress *Higher Education Reloaded* statt. Worüber diskutiert wurde und ob die Hochschulpolitik in Österreich noch zu retten ist.

EVA MALTSCHNIG

Knapp zwei Monate Vorbereitungszeit. Hohe Ansprüche. Themen, die unter den Fingernägeln brennen. Das waren die Voraussetzungen, unter denen der *Higher Education Reloaded* Kongress stand. Vom 19. bis 21. Februar erlebten alle TeilnehmerInnen an der TU Wien eine gelungene Veranstaltung – hochkarätige ExpertInnen, gute Infrastruktur und Raum zur Vernetzung machten den Kongress zu einem Erfolg.

Bologna Information Day. Den Beginn der Veranstaltung markierte am Freitag ein Track zum Thema Bologna. David Baldinger (oead) und Sigrid Maurer (ÖH) eröffneten den *Bologna Information Day* mit zwei Inputs, die die politischen Rahmenbedingungen des Bologna-Prozesses und dessen gesellschaftliche Einbettung sowie die Umsetzung in Österreich zum Inhalt hatten. Anschließend verschafften sich die TeilnehmerInnen in Workshops einen Überblick über ausgewählte Action Lines des Bologna Prozesses und präsentierten ihre Alternativvorschläge zur Umsetzung anschließend im Plenum. Im Vordergrund standen hier die Forderung von Mitbestimmungsrechten der Studierenden und einer europäischen Bildungspolitik, die sich nicht dem Diktat der wirtschaftlichen Verwertbarkeit unterordnet.

Den Abschluss des *Bologna Information Days* bildete eine Paneldiskussion mit Sigrid Mauer (ÖH), Friedrich Faulhammer (bmwf) und Andreas Spiegel (Vizekanzler für Lehre, Akademie der Bildenden Künste), in der seitens der ÖH vor allem die Verschulung, der erhöhte Druck auf die Studierenden und die fehlenden Wahlmöglichkeiten, die durch die Bologna-Umsetzung entstanden sind, kritisiert wurden.

Beatrix Karl am Podium. Am Freitagabend bot sich allen TeilnehmerInnen gleich einer der Höhepunkte des Wochenendes – Beatrix Karl diskutierte mit Eva Maltschnig (ÖH), Erich Ribolits (Universität Wien, Bildungswissenschaftler) und Heribert Wulz (Universitätenkonferenz) über das Thema „Was ist Bildung wert“. Diese Diskussion fand in Kooperation mit der Tageszeitung *Die Presse* statt, Martina Salomon, Leiterin des Ressorts Innenpolitik, moderierte die Debatte. Wie zu erwarten, verlief die Diskussion kontroversiell. Während Karl von den Unis als „volle Opernhäuser“ sprach, deren Zugang beschränkt werden müsse, wies Ribolits auf die Möglichkeit hin, ein solches Gebäude neu zu bauen. Maltschnig betonte die jahrelange Untätigkeit der Politik in Hoch-

schulangelegenheiten und forderte einen Ausbau der öffentlichen Finanzierung für Hochschulen, der über vermögensbezogene Steuern auch budgetpolitisch möglich sei.

Der Abend klang bei gemeinsamen Gesprächen aus, der Inhalt der vorangegangenen Diskussionen setzte sich so im informellen Rahmen fort.

Weiterbildung. Das Programm am Samstag und am Sonntag bot viele Möglichkeiten für die KongressteilnehmerInnen, sich inhaltlich weiterzubilden, miteinander zu diskutieren und sich zu vernetzen. Im Rahmen von Basis- und Vertiefungsworkshops zu Themen wie „Was ist Bildung?“, „Demokratie und Mitbestimmung“, „Studienwahl und Hochschulzugang“ oder „Soziale Selektion an den Hochschulen“ stellten ExpertInnen ihr Wissen zur Verfügung und diskutierten mit den Studierenden über alternative Konzepte.

Demokratie. Den inhaltlichen Abschluss am Samstag bildete die Diskussion zu „Hochschulen und Demokratie“, an dem sich Thomas Wallerberger (ÖH), Torsten Bultmann (bdwi) und Angelika Ott (FH Technikum) über Möglichkeiten studentischer Mitbestimmung und der Interaktion zwischen Gesellschaft und Hochschule unterhielten. Da die Fachhochschulen in Österreich ein besonders großes Defizit in Fragen der Mitbestimmung aufweisen, fokussierten

auch die Publikumsfragen auf diesen Bereich. Verständnis seitens der Vertreterin der Fachhochschulen ob der Anliegen der Studierenden, auch an Fachhochschulen als Teil der Institution und nicht als KundInnen ernst genommen zu werden, gab es wenig – für Thomas Wallerberger ein Grund mehr, bei der anstehenden Überarbeitung des Fachhochschulstudiengesetzes für mehr Mitspracherechte zu kämpfen.

Vernetzung. Pausengespräche werden nicht ohne Grund als wichtige Teile von Kongressen wahrgenommen – am *Higher Education Reloaded* war in Phasen ohne fixiertes Programm eine umso dichtere Fortsetzung der Debatten aus den Workshops oder den Vorträgen zu beobachten. Der ÖH ist es gelungen, mit dieser Veranstaltung eine Plattform zu bieten, bei der sich Studierende, AktivistInnen der Protestbewegung und StudierendenvertreterInnen austauschen konnten. Das Feedback der TeilnehmerInnen war durchwegs positiv und stärkt die ÖH in einer neuen Rolle, die ihr im Zuge der Proteste zugefallen ist: Ihre Mitglieder zu bilden, zu unterstützen und zu ermutigen, sich in ihre eigenen Angelegenheiten einzumischen.

Die Autorin studiert Sozioökonomie und Kunstgeschichte in Wien.



Neben verschiedenen Workshops fanden auch Podiumsdiskussionen – unter anderem mit Wissenschaftsministerin Karl – am HER-Kongress statt.

Foto: Bischof

E-Wissen und der Hype um neue Medien

Erstellung neuer Online-Lernplattformen, Lehrveranstaltungen, die neue Medien nutzen, und prozessorientierte Blogs, die unter WissenschaftlerInnen immer mehr an Beliebtheit gewinnen. Sind neue Medien die richtigen Tools, um Wissen offener zu machen?

ELENA BARTA

Seit der Entdeckung der Web 2.0 Tools für die universitäre Lehre wurden diese mit allerlei Heilsversprechungen belegt: Während Rektorate in Online-Lehrveranstaltungen eine gelungene Möglichkeit sehen Kosten einzusparen, da Vorlesungen nicht mehr für 1.000 Leute, sondern dank Video-screening für mehrere tausend Studierende möglich sind. Andere Stimmen sehen im WWW die Möglichkeit, einen neuen Zugang zu Wissen zu schaffen, WissenskonsumentInnen zu WissensproduzentInnen zu machen. In einem ersten Schritt wird die Diskrepanz zwischen universitärem und digitalem Wissensbegriff anhand des Umgangs mit Wikis aufgezeigt, anschließend sollen die Möglichkeiten digitaler Medien als wissenschaftliche Tools angesprochen werden, um dann die Frage der sozialen Selektivität neuer Medien zu stellen.

Universitärer Wissensbegriff. Neue Medien sollen die universitäre Lehre stützen und zur Wissensproduktion beitragen. Der universitäre Wissensbegriff unterscheidet sich aber in einigen Kriterien stark vom Wissensbegriff, welchen neue Medien innehaben. Universitäres Wissen funktioniert auf mehreren Ebenen elitär. Einerseits erfolgt Wissensweitergabe in sehr beschränkten Räumen: Studierende erhalten Wissen vor allem aus den Lehrveranstaltungen ihrer eigenen Studienrichtungen und den Texten und Inhalten, die Lehrende zur Verfügung stellen. Vernetzung und Interdisziplinarität mit anderen Studienrichtungen ist auf der Ebene des Studiums wohl das am meisten gesagte, aber am wenigsten umgesetzte Wort. Ähnlich steht es mit der Vernetzung innerhalb einer Studienrichtung: Studierende sind selten abseits ihrer Lehrveranstaltungen miteinander vernetzt, eine Weitergabe von Wissen von einer Lehrveranstaltung zur anderen funktioniert dementsprechend nur in den Köpfen der einzelnen Studierenden.

Wissen wird also linear von Lehrenden an Studierende weitergegeben, ohne den Anspruch einer Transformation von Wissen. Die Veränderung und gemeinsame Erarbeitung von neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen würde dazu führen, eine prozesshafte Wissensbildung auch auf die Ebene der Studierenden zu holen und eine Weitergabe von Studierenden an Lehrende zu ermöglichen.

Die dritte Ebene eines elitär gehaltenen Wissensbegriffs betrifft die Art der Wissensproduktion. Universitäres Forschen beginnt oft erst mit der Erlangung eines akademischen Titels und kann, durch

Hürden wie der prekären Anstellung junger WissenschaftlerInnen, erst in einem sehr elitären Kreis von Personen zufriedenstellend passieren. Kritische WissenschaftlerInnen versuchen mit unterschiedlichsten Ansätzen, diesen elitären Wissenszugang zu durchbrechen, und benutzen dabei immer öfter Medien, die sich einem anderen Wissensbegriff verschreiben.

Der Versuch Wikipedia. Als Beispiel gilt dabei *Wikipedia*, angefangen von der bekannten Enzyklopädie über Werkzeuge wie die *Wiki Research Bibliography* bis hin zu der Nutzung der *Wiki*-Software für Lehrveranstaltungen.

Wikipedia ist momentan das meist genutzte Online-Nachschlagewerk und ist gerade wegen seiner Grundsätze, der Organisation aber vor allem der Produktion von Wissen besonders. Die Produktion von Wissen funktioniert kollektiv: In einem ersten Schritt haben alle BenutzerInnen die Möglichkeit, Artikel zu verfassen, zu ergänzen oder zu verändern. Das führt dazu, dass bei *Wikipedia* Artikel in kürzester Zeit von mehreren, teils anonymen AutorInnen verfasst werden. Die Artikel befinden sich in einem ständigen Prozess, in dem AutorInnen sich über eine eigene Diskussionsseite über Inhalte streiten bis ein Artikel so geschrieben ist, dass ihm möglichst viele AutorInnen zustimmen können. Das so produzierte Wissen steht unter einer freien Lizenz, kann also von anderen beliebig verändert und auch kommerziell verbreitet werden, sofern sie ebenfalls unter den Lizenzen veröffentlicht werden.

Die Weitergabe und Veränderung von Wissen wird einer breiteren Basis geöffnet und funktioniert fließend. Trotz dieser breiteren Basis bewegt sich aber auch die *Wikipedia*-Familie gerade in der Wissensproduktion in einem kleineren Kreis an Menschen als die Grundsätze vermuten lassen würden. Die Sozial-Struktur der *WikipedianerInnen* zeigt, dass über 80 Prozent der WissensproduzentInnen männlich sind und dass die Hälfte der Artikel von nur 2,5 Prozent der NutzerInnen geschrieben werden. Durch die Bekanntheit der *Wiki*-Tools in nahezu allen gesellschaftlichen Schichten trägt *Wikipedia*, trotz der eigenen Probleme, dazu bei, den gesellschaftlichen Wissensbegriff zu verändern und Wissen als kollektives und vor allem veränderbares Gut darzustellen.

Der Einsatz von *Wikipedia*-Tools innerhalb der Universitäten lässt sich in zwei Gruppen einteilen. Einerseits entbrennen immer wieder Diskussionen um die Verwendung von *Wikipedia* als Quelle für wissenschaftliche Arbeiten, andererseits nutzen Lehrveranstaltungen *Wiki*-Software, um Lehrveranstaltungsergebnisse zu sichern sowie Studierende dazu

anzuhalten, eigene Texte über Hypertext miteinander zu vernetzen. Diese spezielle Form der Ergebnissicherung ist aber bisher nur in Lehrveranstaltungen, die sich explizit mit der Nutzung neuer Medien beschäftigen, angelangt. Das Gerücht der Unwissenschaftlichkeit von kollektiv produziertem Wissen erweist sich als hartnäckig – die wissenschaftliche Nutzung anderer Medien wie Weblogs hat sich meines Erachtens im universitären Zusammenhang als weniger schwierig erwiesen.

Weblogs und Wissenschaft? Hochschulliteratur im klassischen Sinne, wie es Seminararbeiten, Essays oder Exzerpte sind, sind stark formalisiert und orientieren sich neben dem oben beschriebenen elitären auch an einem sehr abgeschlossenen und formalisierten Wissensanspruch. Die Autorin oder der Autor sollte möglichst alles über das Thema gelesen haben und im Text keine Wissenslücken zeigen. Formalisierung geschieht über standardisierte und normierte Sprachwahl. Studierende wie Lehrende, die sich den sprachlichen Nuancen nicht anpassen, werden im wissenschaftlichen Diskurs nicht ernstgenommen. Ähnlich geht es auch Menschen, die sich nicht an die gängige Schreibweise halten oder mit Sprache experimentieren und statt dem Binnen-I Sternchen (*) oder Unterstriche () verwenden.

Das StudentInnen aus bildungsfernen Schichten diese festgelegten Sprachnormen erst mühsam erlernen müssen und hierbei von der Universität nicht unterstützt werden, passt in die sozial selektive Praxis der Universitäten – wer sich nicht schnellstmöglich anpasst kann nie zur wissenschaftlichen Elite gehören.

Im Gegensatz zu universitären Texten senken genau diese formalen Eigenschaften eines Weblog-Eintrags die Hürde zur Veröffentlichung eigener Texte für AutorInnen, egal ob StudentInnen oder nicht. Beim Klicken durch die momentan existierenden Blogs zu klassisch wissenschaftlichen Themen fällt vor allem eines auf: Es werden Wissenslücken zugegeben und Forschungsfragen gestellt. Die AutorInnen beziehen sich nicht nur auf die fünf Standardwerke der Fachrichtung, sondern vernetzen sich über Links im Text zu anderen wissenschaftlichen wie auch nicht-wissenschaftlichen AutorInnen und schaffen oft den Sprung in andere Studienrichtungen.

Aber auch hinsichtlich der wissenschaftlichen Zusammenarbeit mehrerer AutorInnen ergeben sich neue Wege: Die Verwendung von Hypertext, also Texte die durch ein verwobenes Netz von Hyperlinks miteinander verknüpft sind, können komplexe

Informationen besser darstellen als klassisch lineare Texte und entsprechen viel mehr der assoziativen Struktur menschlichen Denkens.

Die Möglichkeit, Artikel zu verschlagworten, sie also mehreren Kategorien innerhalb eines Hypertextes zuzuweisen, lässt zum Beispiel in einem Forschungsprojekt die einzelnen Schwerpunkte nebeneinander stehen, ohne sie zu hierarchisieren. Aber auch die Entwicklung von Forschungsschwerpunkten werden durch die Verwendung von Hypertext vereinfacht: Die Einspeisung neuer Inhalte verändert die Gesamt-Struktur des Projektes und lässt sowohl textliche Verdichtungen, als auch wieder verworfene Forschungsgedanken und offene Fragen zu. Sie funktioniert als Gedächtnisstütze und Visualisierung einer prozessorientierten Forschung und kann in jeder universitären Ebene eingesetzt werden.

Wissen wird damit über sich immer wieder verändernde Artikel, Forschungsfragen aber auch archivarisches als Gedächtnisstütze für andere zugänglich gemacht. Wissen wird kollektiviert und öffentlich, ohne etwas von der viel gepriesenen Qualität wissenschaftlicher Texte zu verlieren.

Der momentane Einsatz von Hypertext als wissenschaftliches Instrument lässt sich trotz aller Vorteile und steigender Beliebtheit auf wenige Projekte beschränken und spielt sich meist in einem abgeschlossenen AutorInnenkollektiv ab, das wenig Raum für die Einbeziehung von Studierenden oder Menschen abseits der Universität hat.

Abseits aller Heilsversprechungen? Neue Medien wirken innerhalb der akademischen Familie meines Erachtens sozial durchlässiger als klassisch universitäre Werkzeuge, weil der streng wissenschaftliche Habitus in den Ausdrucksformen und Werkzeugen offener gestaltet ist. Damit wird die, vor allem auf der Universität, relevante Frage der akademischen Herkunft einer Person zumindest teilweise aufgelöst. Dass die Hemmschwelle zur Veröffentlichung universitärer Texte sinkt, heißt aber nicht, dass durch den Einsatz neuer Medien nicht andere Zugangsbarrieren geschaffen werden. Hier kommen zwei Momente sozialer Selektivität ins Spiel: Ein Aspekt ist die Medienkompetenz, die der Umgang mit neuen Medien erfordert. Studierende müssen sich diese Kompetenz selbst aneignen, anstatt sie innerhalb des Bildungssystems zu lernen. Das Erlernen neuer Medien, wie dem grundsätzlichen Umgang mit Computern, muss also Teil der schulischen Ausbildung werden, um Wissenslücken gar nicht erst entstehen zu lassen.

Der zweite damit zusammenhängende Aspekt bewegt sich auf der ökonomischen Ebene. Die Ar-

beit mit neuen Medien ist mit einem Kostenaufwand verbunden, der oft versteckt bleibt: In der öffentlichen wie auch universitären Wahrnehmung werden Computer, Drucker und Internetzugang nur indirekt als Studienmaterialien wie etwa Lehrbücher oder Skripten wahrgenommen, obwohl sie einen großen und vor allem punktuellen Kostenaufwand bedeuten.

Gerade bei Online-Lehrveranstaltungen wird angenommen, dass alle StudentInnen Internetzugang haben und auch wissen, wo sie sich (teuer oder illegal) die notwendige Software beschaffen können.

Durch solche Annahmen werden soziale Schranken innerhalb einer bereits erheblich selektierten StudentInnenschaft neu gezogen. So zeigt auch die Sozialerhebung 2006, dass arbeitende StudentInnen, StudentInnen mit Kindern oder besonderen Bedürfnissen enorme Ausgaben im Bereich Neue Medien haben, obwohl ihr Budget im Vergleich geringer ist.

Um universitäre Wissenschaft mit Hilfe neuer Medien offener zu machen, müsste also nicht nur

an einem neuen Wissensbegriff und dessen Produktion gearbeitet werden, sondern die grundlegenden ökonomischen und pre-selektiven Rahmenbedingungen der Universität in Frage gestellt werden. ◀

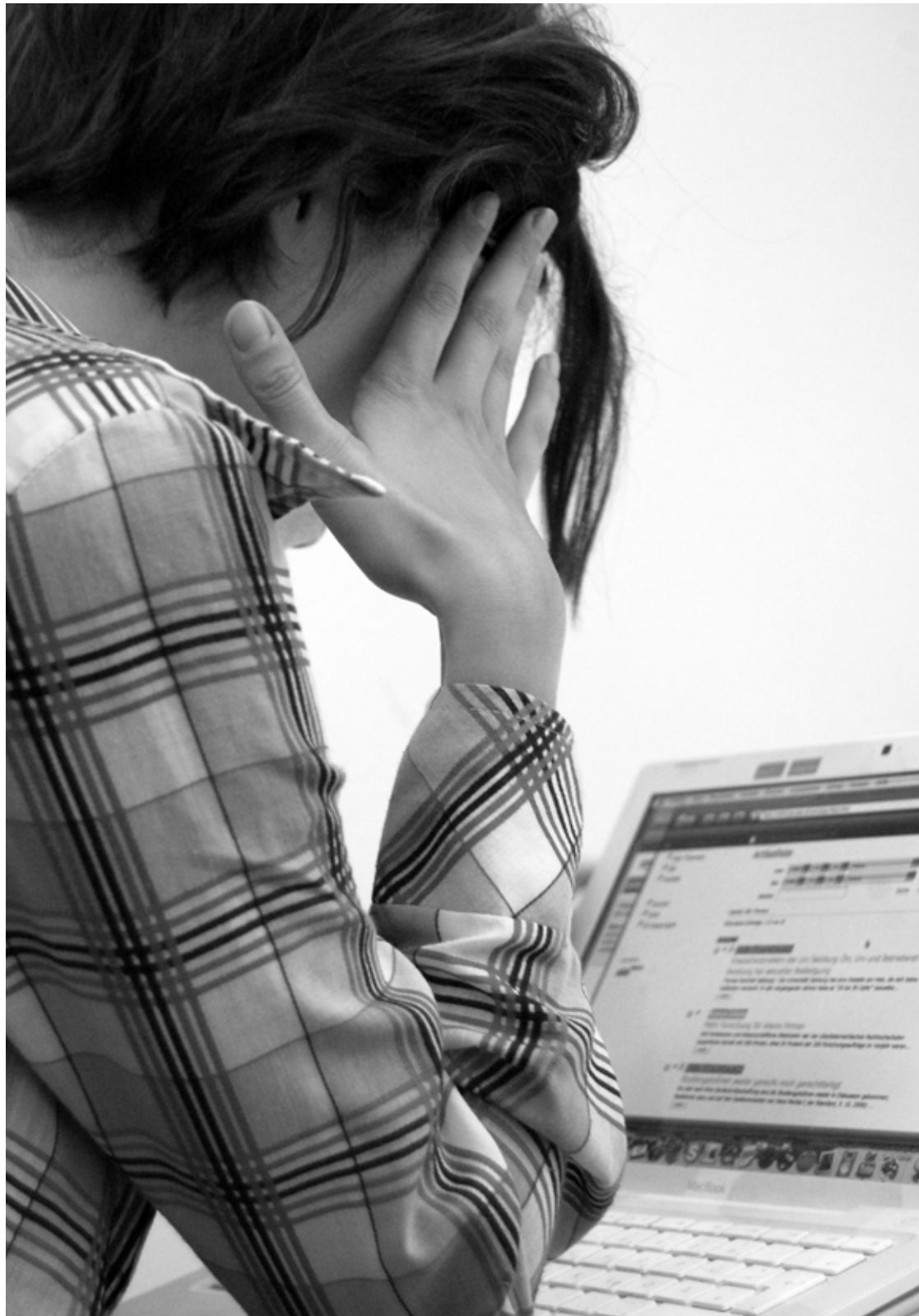
Die Autorin studiert Geschichte in Wien.

Literatur zum Weiterlesen

Anne Maria Thilloßen: Schreiben im Netz. Neue literare Praktiken im Kontext Hochschule (Medien in der Wissenschaft 49), Münster 2008.

Jakob Krameritsch: Geschichte(n) im Netzwerk. Hypertext und dessen Potenziale für die Produktion, Repräsentation und Rezeption der historischen Erzählung. Medien in der Wissenschaft. Bd 43. Waxmann, Münster 2007

Ulrich Dittler, Jakob Krameritsch, Nicolae Niştor, Christine Schwarz, Anne Thilloßen (Hrsg.): E-Learning: Eine Zwischenbilanz. Kritischer Rückblick als Basis eines Aufbruchs, 2009 downloadbar unter www.waxmann.com/kat/inhalt/2172Volltext.pdf.



Schafft e-learning Chancengleichheit oder werden bestehende Eliten gefestigt?

Foto: Barta

Service, das hilft!



Psychologische Studierendenberatung

In jeder Universitätsstadt ausgenommen Leoben, gibt es eine psychologische Beratungsstelle für Studierende. Sie bieten Hilfestellungen bei Unsicherheiten in der Studienwahl oder bei Studienwechseln. Außerdem bieten sie eine Anlaufstelle bei Problemen im Studium oder im sozialen Leben. Die psychologische Studierendenberatung bietet ein breites Angebot an Unterstützungsleistungen von Studienberatung über Coaching bis

hin zu Psychotherapie. Alle StudentInnen und Menschen, die sich für ein Studium interessieren, egal ob an einer Uni, PH oder FH, können das Angebot kostenlos, vertraulich und auf Wunsch auch anonym in Anspruch nehmen. *tac* ◀

Nähere Informationen findest du auf www.studierendenberatung.at

Leistungsnachweis für Beihilfen

Bei der Familienbeihilfe musst du nach dem zweiten Semester, beziehungsweise nach dem dritten falls du im Sommersemester zu Studieren begonnen hast, einen Leistungsnachweis erbringen, um die Beihilfen auch weiterhin beziehen zu können. Für die Studienbeihilfe gilt das für die ersten beiden Semester in jedem neuen Studium für das du das Stipendium beantragst.

Bei der Familienbeihilfe beträgt der Leistungsnachweis acht Semesterwochenstunden oder 16 ECTS-Punkte, bei der Studienbeihilfe sind es 14 Semesterwochenstunden oder 30 ECTS-Punkte. **ACHTUNG:** StipendienbezieherInnen müssen

mindestens sieben Semesterwochenstunden oder 15 ECTS-Punkte schaffen, um die Studienbeihilfe nicht wieder zurückzahlen zu müssen. Solltest du diesen Mindeststudienleistung nicht geschafft haben, wende dich umgehend an das Sozialreferat deiner ÖH, um das weitere Vorgehen zu besprechen. Die Familienbeihilfe musst du zurückzahlen wenn anhand deiner Studienleistung klar erkenntlich ist, dass du nie wirklich studiert hast, also wenn du keine Prüfungen abgelegt hast. *tac* ◀

Nähere Infos bekommst du in deinem ÖH-Sozialreferat oder in der Studienbeihilfenstelle unter www.stipendium.at

Archäologie

Die Archäologie beschäftigt sich mit der Erforschung und Auswertung der materiellen Hinterlassenschaften der menschlichen Vergangenheit. Dazu gehört die Untersuchung von Architektur, Plastik, Malerei, Kleinkunst und allen Zeugnissen des alltäglichen Lebens. Somit können wir durch die Archäologie zum Beispiel mehr über das Alltagsleben, Religion, Wirtschaft und Handel vergangener Zeiten erfahren. Dabei muss man sich auch von der weit verbreiteten Vorstellung lösen, dass es nichts mehr zu entdecken gäbe. Ein großer Teil der menschlichen Vergangenheit liegt noch unter der Erde und nicht alles was ergraben ist wurde auch schon ausreichend ausgewertet!

Das Studium der Archäologie an der Universität Graz hat seine Schwerpunkte in der Klassischen Archäologie und der Provinzialrömischen Archäologie. Auch beinhaltet die Ausbildung die Vermittlung von grundlegenden Kenntnissen über die Ur- und Frühgeschichtliche Archäologie. Dazu werden auch noch Lehrveranstaltungen aus anderen Bereichen der Archäologie angeboten (zum Beispiel Frühchristliche Archäologie). Neben der Vermittlung der theoretischen Grundlagen beinhaltet das Studium einen praxisorientierten Teil, damit sind die Teilnahme an Ausgrabungen und Museumspraktika gemeint.

Nach Absolvierung des Studiums bieten sich Berufsmöglichkeiten bei Grabungen und Forschungsprojekten, an Forschungsinstituten, Universitäten, in Museen, bei der Bodendenkmalpflege, in Bibliotheken, im Verlagswesen, im Kunsthandel und im Tourismus. ◀

Levente Horvath studiert Archäologie in Graz.

REFERATE DER ÖSTERREICHISCHEN HOCHSCHÜLERINNENSCHAFT

Referat für pädagogische Angelegenheiten

Tel: +43 (0) 1/310 88 80 - 38, Fax: - 36
pädref@oeh.ac.at

Referat für Fachhochschul-Angelegenheiten (bzw. Referat für Bildungspolitik)

Beratung: Dienstag 10 – 13 Uhr, Donnerstag 13 – 16 Uhr
Tel: +43 (0) 1/310 88 80 - 38, Fax: - 36
FH@oeh.ac.at, bipol@oeh.ac.at

Referat für Sozialpolitik

Sozialberatung: Dienstag 10 - 13 Uhr und 19 - 21 Uhr, sowie Donnerstag 13 - 16 Uhr
Tel: +43 (0) 1/310 88 80 - 29
sozial@oeh.ac.at

Wohnrechtsberatung: Dienstag 9 - 12 Uhr und

Donnerstag 13 - 16 Uhr
Tel: +43 (0) 1/310 88 80 - 41
wohnrecht@oeh.ac.at

Sozialfonds: Dienstag und Donnerstag 10 - 12 Uhr

Tel: +43 (0) 1/310 88 80 - 22
sozialfonds@oeh.ac.at

Studien- und MaturantInnenberatung

Montag, Mittwoch: 13-16 Uhr
Dienstag, Freitag: 09-12 Uhr,
Donnerstag: 18-20 Uhr (Mit Schwerpunkt auf Studienberechtigungsprüfung und Berufsreifeprüfung)
Tel: +43 (0) 1/310 88 80 - 24 bzw. - 25
studienberatung@oeh.ac.at
Skype: OEH-Beratung

Burgenland und in Niederösterreich
Martin Olesch: +43 (0) 676/888 522 73
Martin.Olesch@oeh.ac.at

Stände bei Berufs- und Studieninformationsmessen und Koordination der Maturantinnen- und Maturantenberatung in Wien

Agnes Wühr: +43 (0) 676/888 522 92
Agnes.Wuehr@oeh.ac.at

Referat für internationale Angelegenheiten

Donnerstag: 10-13 Uhr
Tel: +43 (0) 1/310 888 0 - 95
Fax: +43 (0) 1/310 888 0 - 36
internationales@oeh.ac.at
Skype: internats_bv

Referat für ausländische Studierende

Tel: +43 (0) 1/310 88 80 - 65, Fax: +43 (0) 1/310 88 80 - 36
auslaenderInnenreferat@oeh.ac.at
Dienstag: 10-12 Uhr (englisch, türkisch, deutsch)
Donnerstag: 15-18 Uhr (englisch, spanisch, deutsch)
Freitag: 9-12 Uhr (englisch, spanisch, deutsch)

Referat für feministische Politik

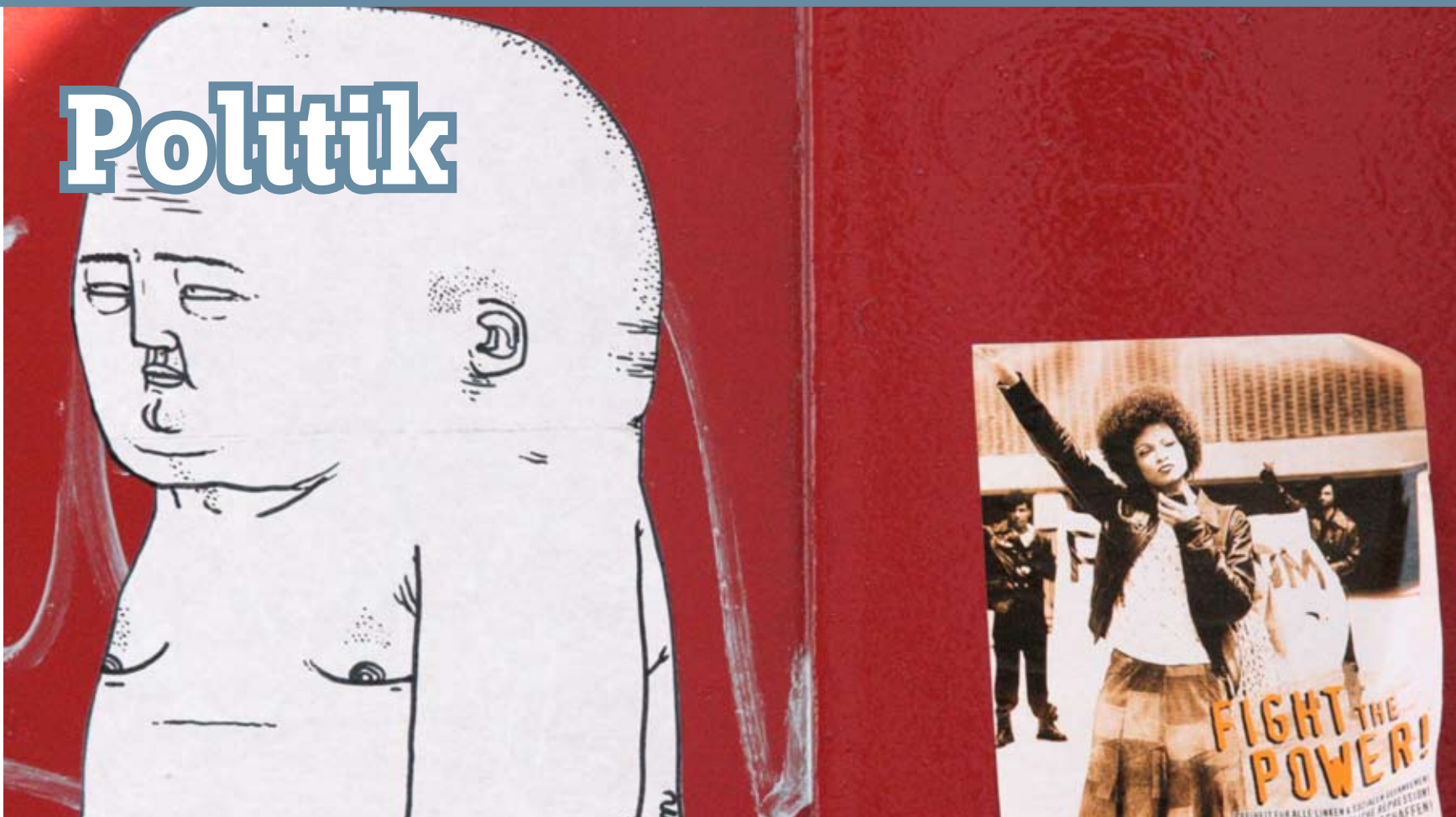
Tel: +43 (0) 676/ 888 522 74
Fax: +43 (0) 1/310 88 80 - 36
frauenreferat@oeh.ac.at

Referat für Menschenrechte und Gesellschaftspolitik

Maria Clar: +43 (0) 1/310 88 80 - 46
oder +43 (0) 676/ 888 522 52
Mittwoch: 11-14 Uhr
maria.clar@oeh.ac.at

Julia Hofmann: +43 (0) 1/310 88 80 - 46
julia.hofmann@oeh.ac.at

PA alle Referate: Taubstummengasse 7-9, 1040 Wien



Karl hat viele Versprechen einzulösen

Ein Kommentar von Alexander Fanta

Beatrix Karl wird in manchen Zeitungen mit Claudia Schiffer verglichen. Ein Vergleich, der die neue Wissenschaftsministerin nicht stört, wie sie sagt. Weniger gerne wird Karl wohl mit ihrem Vorgänger verglichen, dem glücklosen Johannes Hahn. Ob dieser auch wegen dem Druck der Audimax-BesetzerInnen nach Brüssel geschickt wurde, ist eine Frage für ZeithistorikerInnen. Fest steht jedoch: Beatrix Karl wurde ins Amt bestellt, um die Ruhe auf den Universitäten wieder herzustellen. Ob ihr das gelingt, hängt von ihrem Geschick ab, und von uns, den Studierenden.

Karls Vorstellung davon, wie die Hochschulen aussehen sollten, ist klassische ÖVP-Ware. Die Fachhochschulen denkt sie als bessere Lehrstellen. An den Universitäten sollen Zugangshürden die Reihen der StudentInnen lichten. Auch kritisierte Karl in Interviews kurz nach ihrer Amtseinführung die Besetzung von Hörsälen als illegitim. Dennoch muss die Wissenschaftsministerin ein Interesse daran haben, mit den Studierenden zu verhandeln und ihre demokratische Vertretung zu stärken: Sie wird die Studis von der Straße wegholen wollen, und an den Verhandlungstisch

bringen. Scheitert sie damit, wird sie ihr Amt ebenso geschlagen verlassen wie ihr Vorgänger.

Die Voraussetzungen für erfolgreiche Verhandlungen sind durchaus gegeben. Zwischen der Ministerin und der Studierendenbewegung gibt es Schnittmengen. Studienplätze will die Ministerin in Zukunft ausfinanzieren, also den Unis für jeden einzelnen Studierenden Geld geben. Bisher gab es für die Hochschulen nur einen Pauschalbetrag, egal wie viele Inskribierten. Auch sollen die durch die Einführung des Bachelors vollgestopften Studienpläne wieder entrümpelt werden. Die Studierenden könnten dann mehr freie Wahlfächer machen und damit Raum für die freie Entfaltung ihrer Interessen haben. Sollten das nicht nur liberale Duftmarken zum Amtsantritt sein, sondern ernst gemeinte Versprechen, bleibt von Beatrix Karl womöglich einmal mehr in Erinnerung als ihre Ähnlichkeit mit Claudia Schiffer. ◀

Alexander Fanta studiert Politikwissenschaft in Wien.

KURZMELDUNGEN

Lateinamerika rückt zusammen

Bei einem Treffen im mexikanischen Badeort Cancún Ende Februar haben RepräsentantInnen von 32 lateinamerikanischen Ländern beschlossen, einen neuen regionalen Zusammenschluss nach Vorbild des Europarates zu gründen. Im Gegensatz zur bestehenden *Organisation Amerikanischer Staaten* (OAS) sollen der neuen Gruppe weder die USA noch Kanada angehören, dafür jedoch Kuba, welches kein Mitglied der OAS ist. Mit Hilfe der Neugründung will Lateinamerika seine „regionale Zusammenarbeit verstärken“ und dem Subkontinent einen gemeinsamen Auftritt nach außen hin ermöglichen, sagte Mexikos Präsident Felipe Calderón.

Marktschranken in Ostafrika fallen

Fünf Länder in Ostafrika teilen sich ab Juli 2010 einen gemeinsamen Markt. Bereits 2005 sind die Zollschranken zwischen Kenia, Tansania und Uganda gefallen. Zwei Jahre später traten auch Ruanda und Burundi der *Ostafrikanischen Gemeinschaft* bei. Nun sollen alle Handelshemmnisse innerhalb der Mitgliedsstaaten fallen. Ein gemeinsamer Pass macht das Reisen zwischen den Staaten bereits jetzt schon leichter. Innerhalb der nächsten Jahre soll eine gemeinsame Währung folgen, der Ostafrikanische Schilling. Für die fernere Zukunft streben die Staaten Ostafrikas eine politische Union nach Vorbild der EU an.

Island soll EU beitreten

Ende Februar hat sich die EU-Kommission dafür ausgesprochen, mit Island Verhandlungen über den Beitritt des Landes zur EU zu führen. Der Inselstaat gilt als wohlhabend und wurde im *Human Development Index* der UNO lange Zeit als am meisten entwickeltes Land der Erde geführt, ist jedoch hoch verschuldet. Kritische Frage der Verhandlungen dürfte werden, ob Fischereiflotten aus allen europäischen Staaten künftig ohne Einschränkungen in den – ungewöhnlich großen – isländischen Gewässern fangen dürfen. Ob Island tatsächlich der EU beitrifft, hängt von einer isländischen Volksabstimmung nach den Verhandlungen ab.



„Ich habe nun einmal keinen Goldesel“

Wie sie mit „kreativen Möglichkeiten“ für Zugangsbeschränkungen die AkademikerInnenquote heben will und warum österreichische Unis im Wettkampf mit Harvard, Oxford und Co. einfach nicht mitkönnen. Die neue Wissenschaftsministerin Beatrix Karl im Interview.

PROGRESS: *Vergangenen Herbst haben Sie gesagt: „Mit dem Besetzen von Hörsälen werden keine Studienbedingungen verbessert.“ Was hätten Sie denn getan, wenn Sie sich als Studentin in einem überfüllten Hörsaal wiedergefunden hätten?*

KARL: Ich hätte früher den Dialog mit der Politik gesucht. Ich habe Verständnis dafür, dass die vollen Hörsäle für die Studierenden natürlich ein Problem sind. Die Studienbedingungen in den Massenstudien sind sowohl den Studierenden als auch den Lehrenden nicht zumutbar. Ich hätte mir als Studierende auch vorstellen können, an Demonstrationen teilzunehmen. Aber ich hätte sicher keine Hörsäle besetzt, weil man dadurch andere Studierende am Studieren hindert.

Sie fordern Zugangsbeschränkungen. In Österreich fangen allerdings um 14 Prozent weniger Menschen an zu studieren als im Durchschnitt der OECD-Länder, auch die AkademikerInnenquote ist weit niedriger. Sind Beschränkungen wirklich der richtige Weg?

Ja, die Akademikerquote ist in Österreich zu niedrig. Mein erklärtes Ziel ist es ja auch, die Akademikerquote zu erhöhen. Nur haben wir in Österreich gerade in den Massenfächern sehr hohe Drop-Out-Quoten. Und wir sehen ganz klar, dass mehr Studierende nicht automatisch mehr Absolventinnen und Absolventen bedeuten.

Die Drop-Out-Quote ist in Österreich im Vergleich zu anderen OECD-Ländern mit 24 Prozent im Vergleich zu 31 Prozent niedrig.

Aber in Ländern, wo es Zugangsregelungen gibt – und das sind viele europäische Länder – besteht trotzdem eine höhere Akademikerquote als in Österreich. Zum Beispiel in Finnland, dem Parade-Bildungsland. Dort hat man Zugangsregelungen an den Universitäten und die Universitäten selbst können zum Beispiel Aufnahmetests vornehmen.

Haben Sie eine konkrete Vorstellung für Zugangsbeschränkungen in Österreich?

Es gibt verschiedene Möglichkeiten für Zugangsregelungen, die müssen wir diskutieren. Wenn

Sie zum Beispiel an Veterinärmedizin denken, dort gibt es ein mehrstufiges Verfahren, wo es auch Bewerbungsgespräche gibt. Da kann man durchaus auch über kreative Möglichkeiten nachdenken und auch internationale Vergleiche heranziehen, wie dort mit Zugangsregelungen umgegangen wird.

Neben Zugangsbeschränkungen fordern Sie auch Studiengebühren. Ist das korrekt?

Ich habe immer gesagt, dass sich meines Erachtens Studienbeiträge bewährt haben, aber momentan Studienbeiträge nicht durchsetzbar sind. Es ist jetzt nicht meine erste Priorität, Studienbeiträge wieder einzuführen.

Sind Zugangsbeschränkungen und Studiengebühren denn wirklich die einzigen Maßnahmen für bessere Studienbedingungen?

Es geht auch darum, die Studienpläne zu verbessern. Hier sind wir bei der Bologna-Architektur. Die Umsetzung ist in Österreich nicht an allen Universitäten so gelaufen, wie sie laufen hätte sollen. Hier führe ich Gespräche mit den Verantwortlichen. Es ist aber auch wichtig, dass die Defizite, die Sie von den einzelnen Universitäten kennen, am Hochschuldialog mit den Studierenden besprochen werden.

Wie könnte man die Studienpläne besser gestalten?

Man muss sich natürlich die Fehler ansehen, die passiert sind. Aufgefallen ist mir zum Beispiel die inhaltliche Überfrachtung, die teilweise passiert ist. Dass zum Beispiel ein achtsemestriges Diplomstudium in sechs Semester hineingepresst wurde. Oder dass die Wahlfächer gestrichen wurden. Und dann muss man sich in einem zweiten Schritt ansehen: Was kann man besser machen? Und da ist es mir wichtig aufzuzeigen, wo sind Best Practice Modelle, es gibt ja auch gute Studienpläne.

Wären bei der Erarbeitung der Studienpläne weniger Fehler passiert, wenn Studierende und Lehren-

de im Mittelbau besser eingebunden gewesen wären? An manchen Universitäten hat es ja funktioniert.

Haben Sie da Beispiele?

Ich verschaffe mir gerade einen Überblick, will aber die gelungenen und weniger gelungenen Beispiele noch nicht veröffentlichen.

Nicht nur die Protestbewegung der Studierenden verlangt mehr Geld für die Hochschulen, auch Universitätenkonferenz und Senatsvorsitzende fordern die Erhöhung der Hochschulausgaben auf zwei Prozent des BIP schon bis 2015, nicht erst 2020. Warum macht man das nicht?

Wir sind auf dem Weg zum Zwei-Prozent-Ziel. Man muss sehen: Hier geht es um öffentliche Mittel und um private Mittel. Im Moment liegen wir bei 1,3 Prozent des BIP, davon sind 1,2 Prozent öffentliche Mittel, nur 0,1 Prozent sind privat. Mit den 1,2 Prozent des BIP liegen wir über dem Schnitt der EU19 und der OECD.

Aber bis wann werden die zwei Prozent erreicht sein?

Das Ziel ist 2020. Aber da ist nicht nur die öffentliche Hand gefordert, es fehlen vor allem private Mittel.

Und warum nicht bis 2015?

Wir haben im Moment eine wirtschaftlich schwierige Phase, das sollte auch an den Studierenden und den anderen Hochschulpartnern nicht vorübergegangen sein. Es werden auch andere Ressortkollegen mehr Geld für ihre Ressorts fordern. Aber ich werde mich natürlich dafür einsetzen, für die Universitäten mehr Geld zu bekommen.

Die Republik hat aber auch für das Bankenpaket im vergangenen Jahr fast sieben Milliarden Euro Schulden aufgenommen. Um die Hochschulausgaben bis 2015 auf zwei Prozent des BIP zu erhöhen, bräuchte man pro Jahr 200 Millionen Euro.

Bevor ich Wissenschaftsministerin wurde, war ich ÖAAB-Generalsekretärin. Und ich war da



Fotos: Novotny

bei sehr vielen Treffen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Dort wurde immer gefragt: Das Geld, das die Banken bekommen, warum gibt man das nicht für Arbeitsmarkt- und Sozialpakete aus? Ich wünsche mir natürlich als Wissenschaftsministerin mehr Geld für die Universitäten. Aber es gibt auch von anderen Kreisen berechnete Forderungen.

Das ist ja schön und gut, wenn man die einen Bedürftigen gegen die anderen ausspielt. Sie müssen als Wissenschaftsministerin selber wissen, dass die Bankenkrise nicht selbst von der Bevölkerung verschuldet wurde.

Die Bevölkerung hat aber auch gern bei Banken ihr Ersparnis gesichert. Wenn die Banken Probleme bekommen hätten in Österreich, da hätten wir ein generelles Problem gehabt. Das muss man schon auch sehen.

Also sind Banken wichtiger als Bildung.

Nein, das sage ich nicht. Ich will nur nicht die einen gegen die anderen ausspielen. Es gibt viele Bereiche, in die investiert werden muss. Ich bin Wissenschaftsministerin und wünsche mir, dass Geld in die Universitäten, Fachhochschulen und in die Forschung fließt. Aber ich alleine bestimme nicht über das Geld.

Klar.

Ich habe nun einmal keinen Goldesel und ich habe auch keine Gelddruckmaschine.

Mit Ihrer Aussage zum Studienplatzproblem: „Wenn in einem Opernhaus alle Karten verkauft sind, kann auch niemand mehr hinein“ haben Sie vor kurzem für Aufregung gesorgt. Warum sind Sie und die ÖVP so dagegen, mehr Studienplätze zu finanzieren?

Ich kenne ja Massenstudien. Ich habe selbst in einem Massenstudium studiert und gelehrt. Ich weiß auch, dass die Probleme, die wir in den Massenstudien haben, nicht behoben werden können, indem man einfach nur mehr Geld investiert. Ich kann nicht von heute auf morgen größere Hörsäle schaffen, man kann auch nicht von heute auf morgen genügend qualifiziertes Lehrpersonal rekrutieren. Das funktioniert so nicht.

Das muss ja nicht von heute auf morgen sein, sondern in einem angemessenen Zeitraum.

Schon. Man braucht hier die entsprechenden strukturellen Maßnahmen. Ein Massenstudium kann man auch mit mehr Geld nicht wirklich qualitativ hochwertig führen.

Cirka 20.000 Nicht-EU-BürgerInnen studieren in Österreich. Diese müssen als einzige Gruppe von Studierenden an Unis Studiengebühren zahlen. Nach dem Studium muss ein Großteil von ihnen wieder zurück in ihre Heimatländer. Warum gibt es hier eigentlich so ein Zwei-Klassen-System?

Dass diese Regelungen teilweise für die Betroffenen schwierig sind, ist klar. Meines Erachtens ist es auch nicht sehr zielführend, dass Drittstaatsangehörige hier studieren dürfen, und wenn sie fertig ausgebildet sind, nicht hierbleiben dürfen, also hier ihre Arbeitskraft nicht zur Verfügung stellen dürfen beziehungsweise nur unter bestimmten Voraussetzungen, zum Beispiel als Schlüsselarbeitskräfte. Wenn Drittstaatsangehörige hier eine Ausbildung bekommen, dann sollten sie auch hier die Möglichkeit haben, sich eine Arbeit zu suchen.

Wäre das ein Ziel?

Das fällt nicht in mein Ressort, das kann ich nicht alleine bestimmen. Aber mir würde es sinnvoll erscheinen, etwa eine Regelung wie in Deutschland vorzusehen: Dort wird eine bestimmte Zeit für die Arbeitssuche eingeräumt, und wenn in einer bestimmten Zeit eine Arbeit gefunden wird, kann man diese Tätigkeit auch aufnehmen.

Was ist mit den Studiengebühren, die Nicht-EU-BürgerInnen an den Universitäten als einzige von vornherein zahlen müssen?

Wenn Sie sehen, wie viel an Studienbeiträgen die Drittstaatsangehörigen in anderen Ländern zahlen, dann muss ich sagen, sind die Studienbeiträge in Österreich für diese Gruppe wirklich niedrig. Die Drittstaatsangehörigen könnten auch in andere EU-Länder studieren gehen und in den meisten anderen Ländern müssen sie viel mehr bezahlen.

Viele andere Länder treiben aber auch einen größeren Aufwand, AusländerInnen in ihren Ländern anzuwerben. Was macht da Österreich?

An den Kunstuniversitäten gibt es viele Drittstaatsangehörige, etwa aus dem asiatischen Raum. Und sonst haben wir ja ohnehin sehr viele Studierende an unseren Universitäten.

Ziel der Universitäten ist doch, die besten Köpfe zu sich zu bringen. Warum holt man sich nicht die besten Studierenden?

Weil wir da im Wettbewerb mit etwa Harvard, Cambridge, Oxford und so weiter einfach nicht mitkommen. Die besten Köpfe werden dort ange-

worben, weil sie dort viel bessere Studienbedingungen haben.

Sie haben doch gerade gesagt, die Studiengebühren sind in Österreich so niedrig.

Aber die bekommen dort beispielsweise ein Stipendium.

Könnten Sie das in Österreich auch bekommen?

Ich habe immer gesagt, wenn die Studienbeiträge wieder eingeführt werden, wäre das natürlich auch mit einer Verbesserung des Studienförderungssystems verbunden. Für mich müssen Studienbeiträge immer mit einem guten Stipendiensystem Hand in Hand gehen.

Sie sprechen sich für eine Verlängerung des Moratoriums für die Quotenregelung im Medizinstudium aus. Warum sucht man nicht eine langfristige Lösung wie Ausgleichszahlungen, wie etwa seit 1996 zwischen den skandinavischen Ländern üblich?

Weil von Seiten Deutschlands keine Bereitschaft besteht, Ausgleichszahlungen zu leisten. Sie dürfen auch nicht vergessen, dass in Deutschland die Universitäten Ländersache sind, die Universitäten fallen also in die Kompetenz der Bundesländer. Das heißt, man müsste hier Vereinbarungen mit jedem einzelnen Bundesland treffen. Und die deutschen Bundesländer werden vermutlich nicht sagen: „Juhu, wir zahlen nun an Österreich.“

Sie sind jetzt seit knapp einem Monat Ministerin. Sehnen Sie sich nicht manchmal in den Hörsaal zurück?

[lacht] Nein, jetzt noch nicht. Ich habe noch zu wenig Zeit gehabt, um darüber nachzudenken, was jetzt in meinem Leben anders ist. Irgendwann wird der Zeitpunkt kommen, wo ich wieder sehr gerne in den Hörsaal zurückkomme.

Und glauben Sie, die Studierenden werden Sie dann freundlich begrüßen?

Ich habe zu den Studierenden immer ein sehr gutes Verhältnis gehabt. Ich habe auch sehr viele Diplomanden und Dissertanten betreut. Also das war nie ein Problem.

Danke für das Gespräch.

Das Interview führten Cornelia Girardi & Alina Sklenicka

Beatrix Karl (42) ist seit Ende Jänner Bundesministerin für Wissenschaft und Forschung. Zuvor war die Steirerin Wissenschaftssprecherin der ÖVP und ÖAAB-Generalsekretärin und bis vor kurzem außerordentliche Uni-Professorin für Arbeits-, Sozial- und Europarecht an der Karl-Franzens-Universität in Graz.



Ein Putsch ist ein Putsch ist kein Putsch

Vor beinahe einem Jahr putschte die Opposition in Honduras den demokratisch gewählten Präsidenten. Eine Welle der Entrüstung schwappte daraufhin durch Amerika. Wen interessiert's heute noch? Niemanden.

ANNA SAWERTHAL

Wir erinnern uns: Es war am 28. Juni 2009 als Manuel Zelaya unsanft aus dem Schlaf gerissen wurde. Dem damaligen, rechtmäßig gewählten Präsidenten von Honduras drückten Militärs eine Pistole an die Schläfe und brachten ihn, noch in Pyjamas, außer Landes nach Costa Rica. Demos auf den Straßen von Tegucigalpa, der Hauptstadt, wurden ignoriert oder unterdrückt. Durch die Weltgemeinschaft ging ein Schrei des Entsetzens: Der erste Putsch in Lateinamerika seit fast 20 Jahren!

Die *Organisation Amerikanischer Staaten* (OAS) suspendierte Honduras, die EU stoppte ihre Hilfszusagen für das Entwicklungsland. Hillary Clinton konnte sich vielleicht nicht sofort zu dem Wort „Putsch“ durchringen, die Position der USA war aber – zumindest auf offizieller Ebene – klar. Weg mit den PutschistInnen.

Zelayas lange Heimreise. Manuel Zelaya, der Mann mit Cowboy-Hut und Lederhosen, versuchte in diesem heißen Sommer dreimal in sein Land zurückzukehren, dem er eigentlich als Präsident vorstand. Einmal flog er gen Tegucigalpa, wo ihm Panzer die Landebahn versperrten. Einmal versuchte er zu Fuß die Grenze zu passieren. Das tat er auch, einige Meter, rief seine Familie an und kehrte wieder um. Denn wenige Meter im Landesinneren warteten Panzer und Militärs auf ihn.

Ende September gelang ihm schließlich die heimliche Einreise. Seitdem hielt er sich in der brasilianischen Botschaft verschanzt, dem „Widerstands-Hauptquartier“.

Um eine lange Geschichte kurz zu machen: Manuel Zelaya ist nicht mehr Präsident von Honduras und lebt seit einigen Wochen wieder in Costa Rica. Die weltweiten Proteste gegen den Putsch von Honduras sind verstummt, Zelayas Rivale Porfirio Lobo regiert nun das Land.

Was ist passiert? Wie wurde aus dem Schrei des Entsetzens, der öffentlichen Erregtheit, der weltweiten Verurteilung der Geschehnisse des 28. Junis ein globales Schweigen? „Nun denn, so sei es“, schweigt die Welt.

So kam es zu dem Putsch. Um das zu verstehen, lohnt sich – wie so oft in lateinamerikanischen Belangen – ein Blick auf die USA. Honduras ist das kleinste Land Lateinamerikas, die sprichwörtliche „Bananenrepublik“, und war über lange Strecken des 20. Jahrhunderts hinweg mehr Kolonie der USA als eigenmächtiger Player. Dass die USA rein

gar nichts von dem geplanten Putsch wussten, ist daher verwunderlich. Obama kündigte von Beginn seiner Amtszeit an, die Beziehungen zu lateinamerikanischen Ländern verbessern zu wollen. Wie ernst das gemeint war, bleibt aber nach den Geschehnissen in Honduras fraglich.

Was in der Zeit vor dem Putsch in Honduras passierte, ist nicht ganz einfach. Vor Manuel Zelaya fürchteten sich die herrschenden Eliten bei seiner Amtsübernahme 2005 wenig, war er doch selbst reicher Viehzüchter. Über die Jahre kehrte er sich aber immer mehr Hugo Chavez zu, dem venezolanischen linken „Diktator“. Das half der heimischen Wirtschaft und Zelayas Popularität beim Volk. Die heimischen Eliten beobachteten den Richtungswechsel aber mit Argwohn.

Als Zelaya 2009 schließlich eine Verfassungsreform ankündigte, warfen sie ihm vor, bloß eine weitere Amtszeit anzustreben. Seine Würde nämlich mit den Wahlen Ende November auslaufen. Zelaya würde seinem Vorbild Chavez oder Evo Morales in Bolivien nacheifern. Das wies Zelaya natürlich zurück. Zum Zwecke der Verfassungsreform setzte er eine unverbindliche Volksbefragung für Ende Juni an.

Das Volk kam aber nicht mehr dazu, seine Stimme abzugeben. Honduras war gespalten. Zelayas Gegner haben die Chance genutzt und ihn außer Landes gebracht.

Die Rolle der USA. Schon im Juli begrüßten einige amerikanische RepublikanerInnen den Putsch. Das offizielle Amerika unter Obama war, genauso wie die EU oder die OAS, dagegen. Wie es dazu kommen konnte, dass die USA schließlich klein beigaben, dazu seien folgende Begebenheiten aufschlussreich:

Thomas Shannon, Unterstaatssekretär im amerikanischen Außenministerium, war Teil der Delegation, die mit den streitenden Parteien eine diplomatische Lösung verhandeln sollte. Er überredete sie tatsächlich zu folgendem Abkommen: Zelaya würde noch vor den Wahlen wiedereingesetzt, allerdings mit Zustimmung des Kongresses, und es würde eine Regierung der „nationalen Einheit“ gebildet werden, sprich beide Seiten mitwirken lassen.

Der deutsche Politikwissenschaftler Benedikt Behrens schreibt in seiner Analyse: „Man kann nur spekulieren, warum Zelaya die Bedingungen akzeptierte, seine Wiederwahl ausgerechnet von dem ihm feindlich gesonnenen Parlament abhängig zu machen – möglicherweise vertraute er auf den Willen der US-Regierung.“

Ein Fehler, wie sich herausstellte: Der Kongress setzte die Wiedereinsetzung nicht auf die Tagesordnung. Thomas Shannon meinte Ende Oktober, dass sie doch nicht unbedingt vor den Wahlen stattfinden müsste. Und falls der Kongress gänzlich verweigere, müsste das auch anerkannt werden.

Machtkämpfe im amerikanischen Senat. Der Clou an der Sache spielte sich aber im amerikanischen Senat ab: Dort blockierte der Republikaner Jim DeMint ein Vorhaben Obamas. Und zwar wollte Obama Thomas Shannon durch den Politologen Arturo Valenzuela ersetzen. Doch DeMint war dagegen, weil Valenzuela wiederum klar gegen den Putsch in Honduras war. Just als das Außenministerium erklärte, die Wahlen in Honduras anzuerkennen, beendete er die Blockade.

Bei der zeitgerecht am 29. November durchgeführten Wahl gewann schließlich Porfirio Lobo. Es gab keine unabhängigen WahlbeobachterInnen. Die USA akzeptierten das Ergebnis. Fehlte nur noch die Wahl des Kongresses, die aber erwartungsgemäß zur Farce wurde: 111 von 128 Stimmen lehnten am 2. Dezember eine Wiedereinsetzung Zelayas ab.

Die Smart Power der USA. Manche BeobachterInnen meinen, dass Teile des amerikanischen Militärs immer schon von dem Putsch-Plan gewusst hatten und diesen auch unterstützten. Andere sagen, Honduras sei ein Prototyp einer neuen amerikanischen Strategie gegen linksgerichtete Regierungen in Lateinamerika. Smart Power bezeichnet eine Kombination diplomatischer Mittel, wirtschaftlichen Einflusses und „legalen demokratischen“ Manövern. Durch diese „intelligente Macht“ soll der amerikanische Weg, die Übermacht der USA in Lateinamerika beibehalten werden, was bestimmt keine Wende einläuten wird.

Ob das tatsächlich wahr ist, oder ob Obama schlichtweg vor politischen Widerständen im eigenen Land klein beigeben musste, ist fraglich. Fakt ist, dass die Ereignisse des 28. Junis 2009 in der Weltöffentlichkeit in Vergessenheit geraten. Und dass die Menschen in Honduras Spielball in einem großen Machtkampf zwischen linken und rechten Kräften in Lateinamerika sind. Interessant ist jedoch, und das ist wohl der einzige positive Effekt, dass heute in Honduras 80 bis 85 Prozent mehr Exemplare der Verfassung verkauft werden als vor dem Putsch.

Die Autorin studiert Journalistik und Tibetologie in Wien.

DOSSIER



Marschieren und Denken
im Gleichschritt

warum Faschismus gefährlich ist

Auf der Suche nach einer Definition

Auf der Suche nach der *einen* Faschismus-Definition wird schnell klar: Eine allgemein anerkannte Definition gibt es nicht. Ursachen, Auswirkungen, Charakteristika – die Gewichtung ist unterschiedlich und so sind es auch die Definitionsansätze. Ein kurzer Überblick.

Laurin Rosenberg

Das Wort Faschismus leitet sich aus der italienischen Bewegung Benito Mussolinis her. Die *fascis* (Rutenbündel) waren ursprünglich ein Machtsymbol der BeamtenInnen im antiken Rom. Mussolini verwendete es als Erkennungszeichen für seinen *Fasci di Combattimento* (Italienischer Kampfverband), dessen AnhängerInnen heute besser als Schwarzhemden bekannt sind. Nach der Machtübernahme Mussolinis 1922 und der Ausbreitung ähnlicher Regime wurde der Begriff des Faschismus auch für diese übernommen.

Was bei näherer Betrachtung der Machtergreifung des Faschismus in den verschiedenen Ländern auffällt ist, dass es sich stets um eine Gegenbewegung zu der erstarkenden ArbeiterInnenbewegung handelte. Der Marsch auf Rom folgte auf die *Bienno rosso* – die zwei roten Jahre.

Eine der Schwierigkeiten beim Finden einer Faschismus-Definition ist die Tatsache, dass trotz aller Übereinstimmungen alle faschistischen Regime zum Teil starke Unterschiede aufwiesen und auch untereinander konkurrierten. So wird heute gerne zwischen Voll- und Halbfaschismen unterschieden. Hier

gelten beispielsweise der italienische und der deutsche als Vollfaschismen, während der Austrofaschismus als Halbfaschismus angesehen wird.

Wesentliche Merkmale. Dennoch lassen sich wesentliche Merkmale des faschistischen Herrschaftsprinzips festhalten. Ein wesentliches Element des Faschismus ist das stark ausgeprägte FührerInnenprinzip. Es dient als Identifikationsfigur für einen Großteil der Bevölkerung.

Der Aufbau einer faschistischen Partei ist oftmals stark militärisch geprägt. Ein weiteres wichtiges Element faschistischer Politik ist die Schaffung von Sündenböcken. Während die marxistischen Bewegungen das System an sich kritisieren, werden im Faschismus einzelne Bevölkerungsgruppen als Erklärung für Missstände gebracht. So wurde beispielsweise der stark verbreitete Antisemitismus genutzt, um der jüdischen Bevölkerung die Schuld an allem Schlechten zuzuschreiben. Besonders in Deutschland wurde dies gleich mit dem Erzfeind, dem Bolschewismus verbunden. So wurde eine bolschewistisch-jüdische Weltverschwörung erfunden, um gezielt gegen AntifaschistInnen und Juden und Jüdinnen vorzugehen, auf die sich der Volkszorn richtete. Interessant hierbei ist, dass sich auch heute

noch Parteien oder Organisationen dieses Prinzips bedienen. So sind das neue Feindbild der Rechten, nämlich „die Ausländer“, und vor allem die Islamfeindlichkeit stark ausgeprägt. Aber auch altgewohnte Feindbilder werden wieder bedient, wie zum Beispiel Ariel Muzicant, Präsident der israelitischen Kultusgemeinde Wien, den Martin Graf als „Ziehvater des antifaschistischen Linksterrorismus“ bezeichnete.

Kapital und Faschismus. Die erste Marxistin, die sich bezüglich einer Definition des Faschismus äußerte, war Clara Zetkin. Ihr zu Folge wäre der Faschismus eine terroristische Herrschaftsform des Kapitals.

Stalins Sozialfaschismusthese ging soweit zu behaupten, dass auch die Sozialdemokratie an sich faschistisch sei. Begründet wurde dies unter anderem mit der Niederschlagung von kommunistischen Aufständen nach dem ersten Weltkrieg. Demnach hätte die Sozialdemokratie den Kapitalismus an der Macht gehalten. Die Absurdität dieser These gipfelte in der Weigerung der KPD, ein Bündnis mit anderen Organisationen einzugehen, was indirekt auch die Machtergreifung Hitlers begünstigte.

1935 wurde die Sozialfaschismustheorie als offizielle Position der

Kommunistischen Internationale von der Dimitroff-These abgelöst. Diese bezeichnete den Faschismus als „die offene, terroristische Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischsten, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“. Begründet wurde dies mit der gleichbleibenden ökonomischen Basis.

Trotsky setzte sich ab den 1930er Jahren intensiv mit dem Faschismus auseinander und hielt im Besonderen den kleinbürgerlichen Charakter der faschistischen Herrschaft, dessen Ziel die Zerschlagung der gesamten ArbeiterInnenbewegung sei, fest. Aus diesem Grund trat er auch für eine antifaschistische Einheitsfront des deutschen Proletariats, bestehend aus KPD, SPD und freien Gewerkschaften, ein.

Moderne Theorien. Weiters kamen im Laufe der Zeit neue Theorien hinzu, oder es wurden schon bestehende ausgebaut. So lieferte beispielsweise Wilhelm Reich mit seinem Werk *Die Massenpsychologie des Faschismus* Stoff für weitere Theorien, die sich stark an der sozialpsychologischen Komponente orientieren. VertreterInnen dieser Denkrichtung kommen vor allem aus der Frankfurter Schule rund um Adorno. Hier steht die Frage im Vordergrund, wie es möglich ist, dass große Teile der Bevölkerung so anfällig auf faschistisches Gedankengut sind.

Eine weitere, neuere Theorie bezeichnet den Faschismus als politische Religion. Ein bedeutender Vertreter dieser Theorie ist vor allem der italienische Faschismusforscher Emilio Gentile, welcher den zum Teil religiösen Charakter der faschistischen Herrschaft festhält.

Wie schon eingangs erwähnt variieren die Erklärungsversuche des Faschismus stark nach politischer Position, dementsprechend gibt es auch keine universell gültige Faschismus-Definition. ◀

Der Autor studiert Geschichte und Soziologie in Wien.

KOMMENTAR DER REDAKTION

Früher war die Demonstration gegen die Dekadenz des Opernballs immer die wichtigste Demonstration des Jahres. Heute ist es die gegen den Ball des Wiener Korporationsrings, an dem regelmäßig Gäste aus dem rechtsradikalen Milieu teilnehmen. Heuer wurde diese Demonstration verboten, weil angeblich eine „Gefährdung der öffentlichen Sicherheit“ vorlag. Die Diskussion, die im Zuge des Demonstrationsverbots entstand, nahmen wir zum Anlass, den Begriff Antifaschismus in unserem

Dossier aufzurollen. Faschismus, das war einmal, liegt in der Vergangenheit, betrifft uns nicht mehr. Faschismus, das haben wir hinter uns gelassen, aus der Geschichte gelernt, ist passiert uns wird nicht mehr passieren. Dieser Eindruck wird in Österreich zumindest gerne vermittelt. Auf den kommenden Seiten wollen wir zeigen, warum das so nicht richtig ist und warum der antifaschistische Grundkonsens in Österreich bröckelt.

red ◀

Weitertanzen? Weiterkämpfen!

Ende Jänner sorgte der Ball des Wiener Korporationsrings (WKR) für Aufsehen: AntifaschistInnen machten sich bereit, ihr Recht auf Demonstrationsfreiheit wahrzunehmen – die Polizei untersagte die Demonstration. Das PROGRESS betrachtet die Aufregung um die Symbolik des WKR-Balls und die österreichische Erinnerungskultur.

SOPHIE WOLLNER

Gestern (27.01) wurde unter dem Vorwand der „Gefährdung der öffentlichen Sicherheit“ die für Freitag geplante Demonstration gegen den Wiener Korporationsball durch die Wiener Polizei untersagt. Gerade deswegen werden sich AktivistInnen aller Repression zum Trotz um 18:00 Uhr am Europaplatz treffen. Das geplante Straßenfest findet ebenfalls ab 18:00 Uhr statt, nun allerdings im Sigmund Freud Park. Diese Ankündigung fand sich am 28. Jänner 2010 auf indymedia.org, dem (nach Eigendefinition) multimedialen Netzwerk unabhängiger und alternativer Medien, MedienmacherInnen, engagierter Einzelpersonen und Gruppen. Die untersagte Demonstration gegen den *Wiener Korporationsring* (WKR), eine Vereinigung von schlagenden, deutschnationalen Burschenschaften, wurde mit allen Mitteln von der Polizei verhindert.

Die Rechten wollen tanzen. Im WKR sind lokale Studentenverbindungen organisiert, die sich politisch in einem Spektrum zwischen völkisch-deutschnational und offen rechtsextrem bewegen. Bekanntes Mitglied ist die rechtsextreme Burschenschaft *Olympia*, die erst kürzlich wieder durch die Einladung des international bekannten Rassisten J. Philippe Rushton für Medienaufmerksamkeit sorgte. Heribert Schiedel vom *Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes* (DÖW) beschreibt die Burschenschaften im WKR in einem Standard-Interview 2006 folgendermaßen: „Weit rechts stehende Burschenschaften geben im Korporationsring den Ton an. Aber es gibt auch gemäßigtere, die sich immer wieder dagegen wehren, mit der Olympia in einen Topf geworfen zu werden. Umgekehrt aber stört es sie offenbar nicht, in einem Dachverband mit dieser Burschenschaft zu sein.“ Der WKR-Ball wird von Seiten des Veranstalters als „größtes couleurstudentisches Gesellschaftsereignis im deutschsprachigen Raum“ bezeichnet. Ihre Gesinnung feiern die Burschenschafter seit 1952 – die Proteste werden immer lauter, und für einige offenbar immer unangenehmer.

Das Recht zu demonstrieren? Nach der Untersagung der Demonstration durch die Polizei hagelte



es heftige Kritik von AntifaschistInnen. *indymedia.org* fasst zusammen: „Fünf Grüne Nationalratsabgeordnete meldeten eine neue Demo eine Stunde früher mit leicht veränderter Route an. Die Polizei kommunizierte via Medien, dass eine Untersagung nicht automatisch eine Auflösung bedeute. Die Exekutive reagierte auf die neuerliche Anmeldung nicht.“

Die Kundgebung am 29. Jänner wurde vorerst zugelassen, gegen 18 Uhr versammelten sich friedliche DemonstrantInnen am Europaplatz. Das Polizeiaufgebot war beträchtlich, zur Machtdemonstration wurde der Wasserwerfer der Polizei sichtbar platziert. Viele ließen sich aber von der Einschüchterungstaktik der Polizei nicht davon abhalten, ihr Recht auf Versammlungsfreiheit und zum Aufschrei gegen die Salonfähigkeit Rechtsextremer in Österreich in Anspruch zu nehmen. Die polizeiliche Repression bei antifaschistischen Aktionen orten AktivistInnen nicht zum ersten Mal: „Die Polizei wird offenbar abgestellt, die Feiernden in der Hofburg zu schützen, anstatt unser Demonstrationsrecht zu gewährleisten,“ sagt Anna, die auch bei den WKR-Demonstrationen im letzten Jahr dabei war und die

Polizeirepression bei der Demonstration am 1. Mai 2009 in Linz miterlebt hat.

Gegen Rechtsextremismus und Faschismus aufzutreten, erregt in Zeiten von Heinz-Christian Straches Hetze und Martin Grafts Nationalratspräsidentschaft viel Aufsehen.

Aufsehenerregende Demonstrationen gegen Faschismus sind aber in der Geschichte Österreichs nicht neu – ein Beispiel: die „Borodajkewycz-Affäre“ des Jahres 1965 – allerdings immer wieder von neuer Qualität.

Die Borodajkewycz-Affäre. In der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit und der Stellung der Entnazifizierung in Österreich brannte sich der Fall Taras Borodajkewycz, Professor an der Universität für Welthandel (heute Wirtschaftsuniversität Wien), in die österreichische Hochschulgeschichte ein. Der als „minderbelastet“ eingestufte NSDAPler ließ in den 1960er Jahren durch antisemitische und rassistische Aussagen in seinem Unterricht aufhorchen. Eine Protestwel-

Fortsetzung auf der nächsten Seite ▶

le folgte. Tragischer Höhepunkt war die Ermordung des ehemaligen kommunistischen Widerstandskämpfers Ernst Kirchwegger. Er wurde von einem rechtsradikalen Burschenschafter angegriffen und erlag seinen Verletzungen. Der Fall ging als typisch für die Auseinandersetzung der österreichischen Gesellschaft mit ihrer Vergangenheit in die Geschichte ein. Folge war unter anderem die Pensionierung Borodajkewycz’.

Österreich, das erste Opfer? Der scheinheilige Umgang Österreichs mit seiner Geschichte hat selbst Geschichte: Am 8. Mai 1945 kapitulierte das Dritte Reich, der Zweite Weltkrieg war vorbei.

Das Datum ist wohl der ambivalenteste Gedenktag der Zeit des Nationalsozialismus. In Frankreich, Tschechien und der Slowakei ist er ein offizieller Feiertag. In Österreich ist er als Schlusspunkt des Nazi-Regimes, anders als der Tag der Erklärung der immerwährenden Neutralität, nicht zufällig kein offizieller Feiertag. Das liegt vor allem an den noch immer nicht abgeschlossenen Auseinandersetzungen mit der Charakterisierung des 8. Mai. Von neuen und alten Ewiggestrigen wird er nicht als Tag der Befreiung sondern als „Tag der totalen Niederlage“ begangen, wie es die Wiener Burschenschaft *Olympia* nennt. Traditionell gibt es jährlich eine Kranzniederlegung einiger Burschenschaften bei einer Krypta am Wiener Heldenplatz, wo Rechte den „Helden“ des Krieges die Ehre erweisen wollen. Auf einschlägigen Internet-Seiten findet sich dazu: „Das große Ringen um die Freiheit unseres Volkes endete mit der Kapitulation der deutschen Wehrmacht.“

In den Jahrzehnten nach 1945 (und zum Teil noch heute) wurde die These von Österreich als „erstem Opfer des Faschismus“ hochgehalten. Brigitte Bailer-Galanda, wissenschaftliche Leiterin des DÖW, schreibt in einem Referat anlässlich eines Symposiums zur politischen Kultur in Österreich nach 1945: „Mit Hilfe der Opfertheorie erteilte die Zweite Republik nicht nur dem Staat Österreich die Generalabsolution, sondern auch der überwältigenden Mehrheit seiner Staatsbürger.“ Die Schuld an den Verbrechen unter der Schirmherrschaft des Nationalsozialismus wurde auf „die Deutschen“ abgeschoben, in einem Memorandum der Staatskanzlei für auswärtige Angelegenheiten heißt es dazu 1945: „Die Judenverfolgungen erfolgten während der Dauer der Besetzung Österreichs durch deutsche Truppen. Die Verfolgungen wurden durch reichsdeutsche Behörden angeordnet und mit ihrer Hilfe durchgeführt.“

Den „antifaschistischen Geist der Nachkriegszeit“ (so der Titel von Bailer-Galandas Text) sieht die Autorin als gerne herbeizitierten Gründungsmythos der Zweiten Republik, ebenso wie die „kollektive Unschuldserklärung“ Österreichs.

Der Bogen der österreichischen Erinnerungspolitik lässt sich aber bis heute spannen. So sieht Bailer-Galanda in der Politik der unmittelbaren Nachkriegszeit die Weichenstellung für die „Gegenwartsprobleme Österreichs“, nämlich beispielsweise „in der mangelnden Bereitschaft zur ehrlichen, über Gedenkrituale hinausgehenden Auseinandersetzung mit der NS-Zeit und in der gleichzeitig allzu schnellen Bereit-

schaft, eine Ausstellung über Verbrechen der Wehrmacht wegen einiger falscher Bildtexte als Propaganda abzutun“, womit sie auf die Diskussion um die Wehrmachtsausstellung verweist.

Gedenken ohne Gedanken. Nach 1955, mit dem Abzug der Alliierten, „verschwand [der Nationalsozialismus] aus den Reden der PolitikerInnen, auch wenn diese von den Jahren 1938 bis 1945 sprachen, er verschwand sogar aus dem Gedenken an die Opfer des Zweiten Weltkrieges (die Kriegerdenkmäler des Ersten Weltkrieges wurden durch die Namen der Gefallen des Zweiten Weltkrieges ergänzt, selbst wenn das Denkmal die Inschrift ‚Gefallen für die Heimat‘ trug)“, so Winfried Garscha in seinem Text *Die verhinderte Re-Nazifizierung*.

Vor allem seit den 1990er Jahren wird von rechtsextremer Seite immer wieder versucht, den 8. Mai selbst erinnerungspolitisch zu besetzen und konsequent den Aspekt der Niederlage an Stelle der Befreiung zu setzen – eine geschichtvergessene Betrachtung, die versucht, die Folgen des von Nazideutschland begonnenen Angriffskrieges als Rechtfertigung für Revisionismus zu benutzen.

Der Umgang mit der Vergangenheit Österreichs und die Salonfähigkeit eines deutschnationalen Burschenschafters als Dritter Nationalratspräsident ist symbolisch für die Vergangenheits-„bewältigung“ Österreichs. Der WKR-Ball, sein Stattfinden in der Hofburg und die Verpflegung durch das Intercontinental ist Ausdruck dieser Politik.

Aufstehen und weiterkämpfen! Die *NoWKR*-Demonstrationen, die 2010 nicht zum ersten Mal stattfanden, richten sich gegen die deutschnationalen Burschenschaften und ihre wortwörtliche Salonfähigkeit. Es braucht starkes Auftreten gegen den WKR-Ball, der ein Symbol für das Eindringen der Burschenschaften in höchste Kreise der Gesellschaft darstellt. Dass Martin Graf, Mitglied der rechtsextremen *Olympia*, und viele andere deutschnationale, rechtsextreme Burschenschafter alljährlich in der Hofburg das Tanzbein schwingen dürfen, zeigt die Auswirkungen der Selbstverständlichkeit, es könne einem schlagenden Burschenschafter das Nationalratspräsidentenamt nicht verwehrt werden. ◀

Die Autorin studiert Germanistik und Politikwissenschaft in Wien.





Good Cop, Bad Cop, Robocop

Zwei Demonstrationen, zwei Autoren, zwei Welten. PROGRESS hat zwei Autoren darum gebeten, eine Reportage über ihre jüngsten Erlebnisse auf antifaschistischen Demonstrationen zu schreiben. Einmal in Frankfurt, einmal in Wien

Wien, 29. Jän. 2010

Der Europaplatz ist Ausgangspunkt vieler Demonstrationen in Wien, von hier aus lässt es sich gut die Mariahilferstraße entlangziehen, was für Aufmerksamkeit sorgt. Am 29. Jänner dieses Jahres kommen die DemonstrantInnen jedoch nicht voran. Der gesamte Platz wurde von der Polizei mit Tretgittern umstellt. Da sich die hunderten versammelten AntifaschistInnen aber ihr Recht nicht nehmen lassen wollten, gegen den Ball des teilweise rechtsradikalen *Wiener Korporations-Ringes* zu protestieren, versuchten viele, die Absperrungen zu durchbrechen. Die Polizei antwortete mit Knüppeln.

Trotz lautstarken Protests werden immer wieder Menschen ohne ersichtlichen Grund festgenommen. Pfefferspray liegt in der Luft und hinter der Polizeikette wird drohend ein Wasserwerfer in Stellung gebracht. „Nur raus hier!“, denken sich die meisten Demonstrierenden. So einfach geht das aber nicht. Die Polizei lässt die Leute nämlich nur tröpfchenweise und gegen Herausgabe der Daten aus dem Kessel. Die Daten werden nun dazu verwendet, die AktivistInnen nach dem Versammlungsgesetz anzuzeigen, da sie sich auf einer verbotenen Kundgebung befanden.

„WEGA-Beamte beamtshandeln“.
Szenenwechsel: Am Schwedenplatz versammeln sich an die 150 Men-

schen, von denen es einige irgendwie aus dem Kessel am Europaplatz geschafft haben. Sie wollen den Protest gegen Polizeigewalt und den WKR-Ball in die Innenstadt tragen. Noch bevor sie aber richtig loslegen können, baut sich vor ihnen ein massives Polizeiaufgebot inklusive Wasserwerfer auf. „Wir demonstrieren wo wir wollen, gegen Repressionen und Kontrollen!“ wird gerufen, ebenso „Alerta Antifascista!“.

Die DemonstrantInnen bewegen sich schnell, sie wissen, dass die Polizei heute nicht zimperlich ist. Es wird brenzlich, die Menschen die etwas langsamer sind, werden von WEGA-Beamten schon „beamtshandelt“. Am Karlsplatz angekommen laufen die PolizistInnen in die U-Bahn Station. „Kummts her, ihr klanen Scheisser!“ schreit ein Polizist in Vollmontur, der aussieht wie Robocop Die Polizei jagt den Demonstrierenden mit gezogenem Schlagstock hinterher. Im Chaos gehen FreundInnen verloren und man kann nur noch zuschauen, wie die Leute um einen herum verprügelt werden. Die Angst liegt in der Luft, selbst als DemonstrantIn erkannt und geschlagen zu werden. Auch als bürgerlich aussehende alte Damen und Herren gegen die Gewalt der Polizei protestieren, prügelt diese weiter, ganz so als hätten sie nie etwas anderes gelernt.

Gregor Wakounig ◀

Der Autor hat Geschichte in Innsbruck studiert.

Frankfurt, 30. Jän. 2010

Josef lächelt freundlich. Der 31-Jährige spielt gern mit seiner Tochter, trinkt abends mal ein Bier und kreuzt in der Wahlzelle meist SPD an. Heute ist er, wie viele zur Demo nach Frankfurt gekommen – als Polizist. Dass die schwarz gekleideten jungen Mensch hier „All Cops Are Bastards“ schreien, versteht er nicht.

Langsam trudeln zweitausend Personen auf dem großen Platz vor der Goethe-Universität ein. Anlass ist der Ruf nach einer Bildungsreform, doch wie auf vielen Demos geht es auch um linke Grundanliegen – wie den Antifaschismus. Drinnen riecht es nach Wuzelzigaretten und VoKü-Essen. Draußen bläst der Demo-Lastwagen Techno-Beats in die Menge. Nach einer Weile klettert einer der OrganisatorInnen aufs Podium. Der Marsch würde sich verzögern, sagt er, weil die Polizei den Bus aus Braunschweig aufhalte und durchsuche. Seine Stimme klingt aufgewühlt: „Schon seit Tagen provoziert uns die Polizei. Ich fordere die Frankfurter Bullen auf, den Bus durchzulassen!“. Dann marschieren die Zweitausend los.

Der Black Bloc ist ganz vorne mit dabei. Herrscht hinten im Zug noch ein leiser Anflug von Love & Peace, geht es hier zur Sache. Die jungen Radikalen haben Spruchbanner wie eine Mauer um ihren Tross herum gezogen. Dahinter sehen sie aus wie eine

römische Kohorte, die durch Germanien zieht. „Nie wieder Deutschland“, schreien sie der Polizei entgegen.

Der schwarze Block ist eine der großen Idiosynkrasien der Linken. Durch das gleichförmige Auftreten bei Demonstrationen wirkt der Black Bloc nicht als eine Ansammlung von Einzelpersonen, sondern als einheitliche Masse. Ihr Auftreten ist betont maskulin-aggressiv: Wenn die „Schwarzen“ marschieren, sind ihre Gesichter meist in den „Grimmig“-Modus geschaltet. Bekommt einer der PolizistInnen „auf die Schnauze“, hat er selbst Schuld. Es sind ja ohnehin „alle Bullen Bastarde“.

„Keiner in die Uni rein“. Nach zwei Kilometern explodiert ein Böller direkt vor einer Polizistin. Der Truppe platzt daraufhin der Kragen. Die „Cops“ setzen ihre Helme auf, und haken sich ein. Ihre „menschliche Mauer“ zwingt die Marschierenden zum Langsamergehen. Als sie später das Uni-Gelände erreichen, gibt der Polizeichef den Befehl aus: „Keiner in die Uni rein“, sagt er, „nicht mal zum pinkeln“. Demonstrierende und Polizei tauschen gebrüllte Vorwürfe aus. Wenige Wochen zuvor besetzten hunderte Studierende hier Hörsäle, bis sie gewaltsam geräumt wurden. Das wird sich heute nicht wiederholen. Die Demo marschiert weiter, in die anbrechende Dunkelheit hinein. Alexander Fanta ◀

Der Autor studiert Politikwissenschaft in Wien.

Olympia oder der Lebensbund von M. G.

Kann der Nazi-Verbrecher Rudolf Heß 42 Jahre nach Ende des 2. Weltkrieges für den Friedensnobelpreis vorgeschlagen werden? Diese Frage scheint absurd. Trotzdem wurde Heß 1987 von der Deutschen Burschenschaft in Österreich (DBÖ) für diese Ehrung vorgeschlagen.

ALEXANDER EMANUELY

Der DBÖ ist ein Dachverband, dem etliche Burschenschaften in Österreich angehören. Er besteht seit 1959 und war damals auf Antrag der Wiener Burschenschaft *Olympia*, die zu diesem Zeitpunkt ihr hundertjähriges Bestehen feierte, aus dem weniger „deutsch“ klingenden *Allgemeinen Delegiertenkonvent* entstanden. Doch wer sind die „deutschen“ Burschenschafter und was ist die *Olympia*? Burschenschafter schwingen jedenfalls gerne mit Säbeln herum und schlitzten sich damit vorzugsweise Wunden ins Gesicht. Schlecht verheilte Narben, auch Schmisse genannt, gehören sozusagen zum Accessoire. Eine Selbstbeschreibung der ältesten Wiener Burschenschaft, eben der *Olympia*, die man auf einem ihrer Flugblätter aus den 1990er Jahren lesen konnte, hilft ebenfalls weiter:

dienst verweigert oder eine Freundin mit, die weder schön noch still ist, kurz: bist du auf irgendeine Weise abnormal oder unfrohlich, dann bleib lieber zu Hause.“

Der dritte Nationalratspräsident Martin Graf (FPÖ) dürfte als Student Anfang der 80er Jahre den Aufnahmebedingungen der *Olympia* entsprechen haben, denn damals trat er ihr bei. Und als Alter Herr gehört er seinem Lebensbund nach wie vor an.

Neben Martin Graf gibt es noch einen weiteren prominenten Olympien, den 1992 verstorbenen Norbert Burger. Zu diesem ehemaligen FPÖ-Politiker gibt es viel zu erzählen, zum Beispiel hatte er 1967 die NDP, die *Neonazistische Nationaldemokratische Partei* gegründet, welche 1988 behördlich aufgelöst wurde. Und 1971 war er in Italien in Abwesenheit wegen seiner führenden Rolle im Südtirol-Terror der 1960er Jahre zu lebenslanger Haft verurteilt worden. Wegen des Südtirol-Terrors

also Pennälerverbindung *Vandalia*) zugegen, am Grab wird „Deutschland, Deutschland, über alles...“ gesungen.

Freude am Gesang. Und weil Burschenschafter gerne singen, tritt ein Jahr nach Norbert Burgers Tod der deutsche, neonazistische Sänger und Mitglied der später verbotenen *Wiking Jugend* Frank Rennie in den Versammlungsräumen – Bude genannt – der *Olympia* auf. 2000 wird Rennie wegen des 1986 veröffentlichten „Heimatvertriebenenliedes“ von einem deutschen Amtsgericht in erster Instanz zu zehn Monaten Haft verurteilt. In der Urteilsbegründung heißt es:

„Das Lied zielt darauf ab, alle Ausländer aus Deutschland zu vertreiben [...]. Es wird damit die Wiedererstehung des sogenannten Dritten Reiches propagiert. [...] in dem Text wird die Gewaltanwendung gegen Ausländer propagiert.“

Rennie ist jedoch nicht der einzige Gast in der *Olympia*, der wegen seiner Äußerungen vor Gericht muss. 2005 war der bekannte britische Holocaust-Leugner David Irving als Festredner in die Bude eingeladen worden. Kurz vor seinem Auftritt sollte er jedoch von den österreichischen Behörden verhaftet und in Folge nach dem NS-Verbotsgesetz zu drei Jahren Haft verurteilt werden. Der wegen seiner früheren Aussagen zur „Rassenreinheit“ umstrittene Richter Ernest Maurer erließ Irving jedoch wegen guter Führung 2/3 der Haftzeit. Martin Graf bestritt in Folge jemals Irving eingeladen zu haben, sein Argument: „Man unterstellt uns, dass wir ausländerfeindlich seien, und dann sollen wir einen Ausländer einladen?“

Das Image wahren. Überhaupt ist Graf bedacht, genauso wie andere Burschenschafter im öffentlichen Leben auch, ihrer Organisation ein besseres Image zu verschaffen. Als Beweis hält ein angebliches Verbot der Burschenschaften in Österreich

1938 her. Dazu ist nur zu sagen, dass die *Olympia* – welche schon etliche Jahrzehnte zuvor den „Arierparagrafen“ und 1933 das Führerprinzip eingeführt hatte – 1938 als *Kameradschaft Johann Gottlieb Fichte* in den *Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund* aufgegangen war. In der damaligen Festschrift der neuen Kameradschaft war zu lesen: „Bei der eindrucksvollen Feier im großen Konzerthausaal anlässlich der Überführung der waffenstudentischen Korporationen in die Gliederungen der NSDAP wurden die Farben das letzte Mal in der Öffentlichkeit getragen.“

Dass inzwischen immer wieder versucht wird, sich vor der Öffentlichkeit aus dem rechtsextremen Eck zu manövrieren, hat gute Gründe, immerhin gilt es Posten zu besetzen, die mit einiger Verantwortung verbunden sind. Olympien fanden sich ab Schwarz/Blau in den Uni-Räten (Friedrich Stefan), in Forschungseinrichtungen wie Seibersdorf (Martin Graf, Hans Rinnhöfer, Alfred Wansch), und im Parlament (Graf, Harald Stefan, Robert Nemeth, Walter Asperl und bis Juni 2009 Sebastian Ploner) wieder. Dass die *Olympia*, wie etliche andere Burschenschaften auch, den 8. Mai (Kapitulation Nazi-Deutschlands) als „Tag der totalen Niederlage“ begehen, zeigt, was von dieser Öffentlichkeitsarbeit zu halten ist. Aussagen, Taten und die Homepage der *Olympia* bleiben jedenfalls demaskierend genug, damit der Justizsprecher der SPÖ Johannes Jarolim gegen diese am 29.01.2010, dem Abend des Balls des *Wiener Korporations-ringes* (WKR), zu dem auch die *Olympia* gehört, eine Anzeige wegen des begründeten Verdachtes der „Wiederbetätigung im nationalsozialistischen Sinn“ einbringt. ◀

Mehr Infos: <http://aua.blogspot.de>
<http://www.doew.at>

Der Autor studierte Politik- und Theaterwissenschaften in Wien und ist derzeit Doktorand an der Uni für angewandte Kunst in Wien.



Häßlich, fett, abnormal. „Bist du häßlich, fett, krank oder fremd im Lande, bist du von Sorgenfalten, Weltschmerz oder linksliberaler Gesinnung gepeinigt, trägst du alternative oder Schicky-Kleidung oder gar ein Flinslerl im Ohr, studierst du Psychologie, Politologie oder Theologie oder gar nicht, hast du den Wehr-

war auch die *Olympia* von 1961 bis 1973 verboten gewesen. Trotzdem meinte Martin Graf im Jahr 2000 zu seinem verstorbenen Bundesbruder: „Ich habe Norbert Burger immer geschätzt und tue das auch über den Tod hinaus.“ Als Burger 1992 beerdigt wird, ist H.C. Strache (inzwischen Alter Herr der Schüler-

Wissen gegen das Unrecht

Eine kleine Geschichte des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes.

Das *Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes* (DÖW) beschäftigt sich neben der Erforschung des Nationalsozialismus in Österreich auch mit Rechtsextremismus und Neonazismus. Es wurde 1963 von ehemaligen WiderstandskämpferInnen und einigen WissenschaftlerInnen gegründet. Die relativ späte Gründung ist auf das nach dem Krieg vorherrschende Meinungsbild zurückzuführen. Die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus wurde von ehemaligen KriegsteilnehmerInnen geprägt, was auch von der Politik berücksichtigt wurde. So galten aktive AntifaschistInnen nach wie vor als VerräterInnen, EidbrecherInnen oder gar MörderInnen. 1971 hieß es in der *Krone*: „Dokumentationsarchiv eines in Wirklichkeit doch niemals existent gewesenen österreichischen Widerstandes“. Weiters sorgte die Anzweiflung der Opferthese für politischen Gegenwind. Seit 1983 gibt es jedoch eine Stiftung, die sich aus Mitteln des Vereins DÖW, dem Wissenschaftsministerium und der Stadt Wien finanziert.

Nach und nach wurde das Forschungsgebiet ausgeweitet. Im Zuge des Projekts „Namentliche Erfassung der österreichischen Holocaustopfer“ arbeitete das DÖW etwa „an der Erfassung der biographischen Daten und Todesumstände“. Weitere Forschungsfelder sind Exil, NS-Verbrechen, insbesondere Holocaust und

NS-Medizinverbrechen, NS- und Nachkriegsjustiz, Restitution und „Wiedergutmachung“ nach 1945. In den Räumlichkeiten des DÖW befinden sich neben dem Archiv auch eine Bibliothek, sowie eine Dauerausstellung.

Rechtsextremismus. Spätestens ab den 1970er Jahren beschäftigte sich das DÖW zunehmend mit aktuellen rechtsextremen Organisationen. 1993 wurde das *Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus* herausgegeben. Dieses legt den Schwerpunkt auf die Darstellung des organisierten Rechtsextremismus und vor allem auf die Rolle der FPÖ unter Jörg Haider. Spätestens seit diesem Zeitpunkt gilt das DÖW als ein Feindbild in rechtsextremen Kreisen. Von der FPÖ wird das überparteiliche DÖW regelmäßig als kommunistische Organisation bezeichnet. So wurden 1991 sieben parlamentarische Anfragen bezüglich angeblicher kommunistischer Umtriebe des Archivs eingebracht. In diese Zeit fällt auch eine Publikation, die sich mit der Leugnung des Holocausts befasst, was nicht zuletzt dazu führte, dass die Verharmlosung oder Leugnung des Holocausts in das Verbotsgesetz aufgenommen wurde.

Laurin Rosenberg ◀

Der Autor studiert Geschichte und Soziologie in Wien.

Jenseits des Schlusstrichs

Der Verein Gedenkdienst zählt zu den ältesten anti-faschistischen zivilgesellschaftlichen Plattformen in Österreich.

Mit ihrer Arbeit wollen die AktivistInnen des Vereins *Gedenkdienst* „an der Schaffung eines breiteren und tieferen Bewusstseins über den Holocaust mithelfen und so auch das Engagement gegen Antisemitismus, Rassismus und AusländerInnenfeindlichkeit und für die Achtung der Menschen- und Minderheitenrechte stärken.“

Bildungsangebot. Um dieses Ziel zu erreichen, bietet der Verein ein umfangreiches Bildungsprogramm an, das zum größten Teil auf ehrenamtlichem Engagement basiert. Zentral ist dabei die regelmäßig im Wiener *Depot* stattfindende Diskussionsveranstaltung „Geh denken!“, bei der ExpertInnen über europäische Erinnerungskulturen, aktuelle zeitgeschichtliche Projekte, Fragen antifaschistischer Bildungsarbeit und andere Themen referieren. Außerdem veranstaltet der Verein jährlich eine Tagung, die letzte fand 2009 in Zusammenarbeit mit dem Institut für Zeitgeschichte der Uni Wien zum Thema Wehrmachtjustiz statt, 2008 ging es um Erinnerung und Geschlecht. Außerdem beteiligt sich der Verein *Gedenkdienst* immer wieder an größeren zeitgeschichtlichen Projekten, etwa an der Ausstellung „Was damals Recht war ...“, die im Herbst 2009 im Nestroyhof zu sehen war.

Freiwilligendienst für Frauen. Um nicht nur Männern die Möglichkeit

zu geben, sich zu engagieren, arbeitet der Verein auch an der Ermöglichung eines Freiwilligendienstes für Frauen. Seit 2007 werden auch junge Frauen an NS-Gedenkstätten und Bildungseinrichtungen entsendet und beim Ansuchen um einen von der EU geförderten europäischen Freiwilligendienst unterstützt. Das Hauptproblem ist die Finanzierung: Während junge Männer den Gedenkdienst als Zivil-Ersatzdienst vom Innenministerium finanziert bekommen, fehlt für junge Frauen eine öffentliche Finanzierung. Der Verein ist also auf Spenden von Parteien, Institutionen und Privatpersonen angewiesen

Studienfahrten. Im Rahmen der Plattform *Studienfahrt.at* wurden 20 junge Menschen zur pädagogischen Begleitung und Organisation von Studienfahrten an NS-Gedenkstätten in ganz Europa ausgebildet. Die Ausgebildeten unterstützen Schulklassen, Bildungseinrichtungen, Jugend- und Erwachsenengruppen bei der Planung und Durchführung historisch-politischer Bildungsfahrten. So möchte der Verein verstärkt auf die Möglichkeit mehrtägiger historisch-politischer Projekte an NS-Gedenkstätten hinweisen, die in Österreich bislang noch wenig genutzt wurden.

Peter Larndorfer ◀

www.gedenkdienst.at

Der Autor ist freier Mitarbeiter des Vereins *Gedenkdienst* und studierte Geschichte.



Inglorious Unbewusstheit

Quentin Tarantino hat seinen Film *Inglourious Basterds* über das NS-Regime bewusst unpolitisch angelegt – geworden ist er unbewusst politisch.

Tarantino geht an seine Filme mit kindlicher Begeisterung und ohne politischen Anspruch heran. Es gibt keine Botschaft – es gibt nur Entertainment. Eben genannter Regisseur und Schauspieler hat einmal gesagt „Oliver Stone makes films. I make movies.“ Er charakterisiert diese unübersetzbare Unterscheidung in etwa so: „movies“ nützen die Möglichkeiten des Films voll aus, „films“ sind intellektueller und haben in Aufbau und Struktur mehr Ähnlichkeiten mit Romanen. Natürlich ist diese Unterscheidung völlig willkürlich, aber sie sagt viel über Tarantinos Filmverständnis aus: Es geht ihm nicht darum, eine Aussage zu treffen. Er möchte vor allem die Möglichkeiten des Mediums voll ausschöpfen.

Und das tut er: *Pulp Fiction*, *From Dusk Till Dawn* und *Kill Bill* gehören unbestritten zu den Filmen, die jeder CineastIn gesehen haben muss. Sie sind gute Filme – darüber hinaus sind sie wenig, was aber vollkommen beabsichtigt ist.

Nationalsozialismus als Kulisse. *Inglourious Basterds*, Tarantinos neuester Film, der vor allem Christoph Waltz zu internationalen Auszeichnungen und Rollenangeboten verholfen hat, un-

terscheidet sich in dieser Hinsicht nicht von seinen übrigen Werken: Ein nach den Regeln des Mediums ausgezeichneter, unterhaltsamer Film ohne politischen Anspruch. Der allerdings eines der heikelsten politischen Themen zum Inhalt hat: Das nationalsozialistische Regime.

Und hier beginnen die Schwierigkeiten. Der letzte Satz ist nämlich falsch: Die Besetzung Frankreichs durch die NationalsozialistInnen ist nicht der Inhalt von *Inglourious Basterds*, sondern seine Form. Es geht nicht um den Nationalsozialismus sondern um das Kino und die Liebe zum Medium. Wenn Adolf Hitler zu Joseph Goebbels während der Premiere des Propagandafilms *Stolz der Nation* sagt: „Das ist ihr bester Film bisher“, dann zerdrückt Goebbels vor Freude eine Träne und kann seine tiefe Rührung kaum verbergen.

Quentin Tarantino bedient sich des Nationalsozialismus als Kulisse und verwendet seine Symbole und Codes, um mit ihnen zu spielen und zu unterhalten. Tarantino lebt für das Kino und hat ihm mit diesem Film ein beeindruckendes Denkmal gesetzt. Er hat aber nicht die Absicht, die Ideologie, die er als äußeren Rahmen für sein Monument verwendet, zu kommentieren oder zu werten.

„Unpolitisch sein heißt politisch sein, ohne es zu merken“ (Rosa Luxemburg). Natürlich hat *Inglourious Basterds* eine politische Aussage, wenn auch ungewollt: „Das ist doch alles längst aufge-

arbeitet und abgehandelt – und jetzt hört auf, so kritisch zu sein, und lasst uns Spaß haben“, ruft es von der Leinwand. Ähnliches gilt übrigens auch für den 2004 erschienen Film *Der Untergang*, in dem die letzten Tage des NS-Regimes gezeigt werden. Der Anspruch des Produzenten war, „die Geschichte zu erzählen, nicht zu kommentieren“. Auch wenn der Entertainment-Anspruch hier weniger deutlich ist als bei den *Basterds*, so ist diese Ansage, in der ein gewisser voyeuristischer Genuss mitschwingt, nicht weit weg von Doku-Soaps wie *Tausche Familie*.

Die entscheidende Frage ist: Ist die Ablehnung von Rechtsextremismus und Faschismus so selbstverständlich, dass die Zeit des NS-Regimes als bloße Kulisse benutzt werden kann, wie das Mittelalter in Monty Pythons *Die Ritter der Kokosnuss*? Die Wahlergebnisse rechtsextremer und nationalistischer Parteien der letzten Jahre in Europa geben eine klare Antwort.

Zieht man diese Überlegungen in Betracht, so ist klar, dass jeder Film, der die Thematik aufgreift, eine Verantwortung trägt – egal in welchem Land er produziert wurde. *Inglourious Basterds* verweigert sich dieser Verantwortung und zeugt damit von einer Naivität des Regisseurs, die in Anbetracht des Themas zumindest nachdenklich macht.

Jakob Scholz ◀

Der Autor studiert Theater-, Film- und Medienwissenschaft in Wien.



Die Zukunftskonferenz win² - morgen entscheiden WIR!



Bewirb dich und nimm an einer der größten StudentInnenkonferenzen im gesamten deutschsprachigen Raum teil!



Die Zukunftskonferenz win² hat sich als Plattform für engagierte und visionäre Studierende und Young Professionals etabliert. Zukunft wird aktiv gestaltet. Das Jetzt wird kritisch hinterfragt. Optionen für Gesellschaft, Wirtschaft und Werte von morgen werden erarbeitet. Zu diesem Zweck kommen 170 TeilnehmerInnen jährlich 3 Tage lang zusammen. Leader von morgen treffen auf Führungskräfte von heute - denken gemeinsam, planen gemeinsam, gestalten gemeinsam. In Arbeitsgruppen zu unterschiedlichen Branchen, Podiumsdiskussionen und informellen Gesprächen werden interdisziplinäre Lösungsstrategien für die Herausforderungen der Zukunft entwickelt. Das einzigartige Rahmenprogramm, ua das preisgekrönte Stück "Best of Àodil" von Starkabarettist Thomas Maurer, und das exklusive Galadinner macht dieses Wochenende zu einem wahrhaft unvergesslichen.

Vom 30. April bis 2. Mai 2010 findet heuer die 5. win² im Schloss Esterhazy in Eisenstadt statt.

- Lerne 170 visionäre Studierende und Young Professionals aus unterschiedlichen Branchen kennen!
- Erlebe Keynotes von hochkarätigen VertreterInnen der Wirtschaft, Politik und Wissenschaft.
- Diskutiere über die Themen der Zukunft: „Die neue Wirtschaftsmacht China“ und „Green Markets“
- Arbeite mit Top-Unternehmen zusammen

Bewirb dich vom 1. bis 31. März 2010 online unter www.winquadrat.at

Feuilleton



Schmeckt oft besser als es aussieht

Ganz alltäglich, beinahe alltäglich, dass wir es schon fast vergessen. Aber eben nur fast. Das Kochen verfolgt uns nicht nur im Fernsehen, auch unser knurrender Magen erinnert uns immer wieder daran: Es ist mal wieder Zeit zu kochen.

Dem Hype rund ums Kochen ist eigentlich nicht zu entkommen. Von morgens bis abends laufen Kochshows auf so gut wie allen Sendern. So quatscht uns Jamie Oliver gleich von mehreren Kanälen zu, während er aus geschätzten 1.000 Zutaten ein Brathuhn macht, drei Kanäle weiter retten „die Kochprofis“ ein Restaurant vor dem Ruin und noch zwei Kanäle weiter kochen AmateurInnen um den Wochensieg.

Das Kochen verfolgt uns also regelrecht. Auf Schritt und Tritt ist es hinter uns her und doch ist es dann etwas Neues, Ungewohntes wenn wir plötzlich auf uns alleine gestellt sind. In der eigenen Wohnung mit eigenen Utensilien. Denn dann fällt uns plötzlich auf, dass die Küche im Elternhaus besser ausgestattet, der Kühlschrank viel seltener leer und ganz generell die ganze Sache mit dem Kochen irgendwie einfacher war. Gab es doch

immer eine Person, die gefragt werden konnte, wie das jetzt nochmal genau war mit dem Wasser und dem Reis.

Wer kennt das nicht? Nach einem langen Arbeitstag nach Hause zu kommen und im Kühlschrank herrscht gähnende Leere. Das nötige Geld, um jeden Tag auswärts zu essen oder am Abend gar etwas nachhause zu bestellen, fehlt leider auch.

Beginnt dann die Suche nach etwas Essbaren, kommen nicht selten die kreativsten Ideen auf. Zusammengemischt wird einfach was gerade da ist, mit der großen Hoffnung, dass es später auch noch schmeckt. Ja, so ist es, das typische Leben in einer Studi-Wohnung.

Auf Seite 26 findet ihr eine Auswahl an kreativen Rezepten. ◀

KURZMELDUNGEN

Demo. Das Datum des 8. März entsprang einem Streik von sozialistischen TextilarbeiterInnen, die für bessere Arbeitsbedingungen kämpften. Auch heute noch verdienen Frauen weniger als Männer, bekommen weniger Pension, weniger Arbeitslosengeld, und verrichten den Großteil privater (= unentlohnter) Tätigkeiten. Angesichts der gesellschaftlichen Situation von Frauen ist es immer noch notwendig, auf die Straße zu gehen. Unter dem Motto „Still Lovin' Feminism“ findet auch heuer am 8. März eine Demo in Wien statt.

Treffpunkt: 17.00 Ecke Museumsquartier / Marcus Omofuma Denkmal.

Festival. Das *sound:frame Festival* ist im vierten Jahr seines Bestehens zu einem der bekanntesten audio-visuellen Festivals in Europa geworden. 2010 präsentiert *sound:frame* mit dem Thema *dimensions* erneut den aktuellsten Stand der Audiovision. Der Fokus des Festivals liegt diesmal auf der Auseinandersetzung mit unterschiedlichen räumlichen Qualitäten und dreidimensionalen, räumlichen Strukturen. Das Programm 2010 umfasst wie gewohnt Ausstellungen, Live-Performances, Symposien und Workshops.

Nähere Infos: www.soundframe.at

Konzert. Im Westen Wiens auf dem Areal einer ehemaligen Sargfabrik ist die Vision von einer innovativen Wohnkultur Wirklichkeit geworden. An die einstige Sargtischlerei erinnert heute nur mehr der Name: Sargfabrik. Neben Projekten wie Kindergarten und Restaurant bietet der Verein Integrative Lebensgestaltung auch diverse Veranstaltungen an. Unter anderem machte sich die *Sargfabrik* einen Namen als Zentrum von Weltmusik. Ab sofort erhalten alle StudentInnen bis zum Alter von 27, 40 Prozent Ermäßigung an der Abendkassa.

Nähere Infos: www.sargfabrik.at

StudentInnen – furchtlose KöchInnen

Wer kennt das nicht. Neu in der eigenen Wohnung, die Mama ist weit weg, nach einem langen Uni-Tag nachhause kommen und irgendwie fühlst du dich doch ein wenig überrumpelt beim Anblick des nicht gedeckten Esstisches und des leeren Kühlschranks. Damit hast du irgendwie nicht gerechnet.

ALICJA SWIERCZEK

A Iso ab jetzt selbst um die Nahrungsbeschaffung kümmern. Einkaufen klappt ja noch, aber wie ging das noch schnell mit dem Reis kochen? Mamaaaaa! Genau hier ist der Punkt, an dem die Selbstständigkeit beginnt – oder auch nicht. Mut ist gefragt. Der Anruf zur Mama scheint zwar die schnellste Variante, um an altbewährte Rezepte zu kommen, aber der individuelle Weg bietet die Chance, in kürzester Zeit eine wundersame Verwandlung zu durchleben. Der klumpige, klebrige Weg hat sich gelohnt. Von einer kochtopf-fernen Raupe hin zum GourmetköchInnen-Schmetterling, nur so vor Wagemut und Kreativität strotzend. Du hast eigene Ess-Kombinationen erlernt, mit Kräutern herumexperimentiert und dich nicht von der Angst der Geschmacklosigkeit fangen lassen. Du bist nicht gezwungen, dich den vorgegebenen Lebensmittelkombinationen wie Spinat und Feta, Schinken und Käse, Mozzarella

Fotos: Oberleitner



und Tomaten zu ergeben. Ausgezogen, um das perfekte Gericht zu finden und um alles, was sich am Weg fand, in den Topf zu werfen, so fanden auch jene abenteuerlustigen StudentInnen exzentrische Rezepte, die bei so manchen nur ein Naserümpfen hervorrufen würden. Nur weil

die von den ChefköchInnen zubereiteten Speisen überbeuert, gut präsentiert und unverständlich betitelt sind, geben einige Leute beim Verzehr an zu spüren wie ihr Gaumen eine wilde Party schmeißt. Wie so oft im Leben kommt es anscheinend auf den Titel an.



Hier soll nun gezeigt werden, dass studentische Rezepte mit dem richtigen Etikett einen gleich großen Grad an Kreativität und Innovation aufweisen können wie bei so mancher ChefköchIn.

Erbsenrisotto en rouge: Du benötigst eine beliebige Menge Reis, das Doppelte an Wasser, eine Prise Salz und ein Stoßgebet für körniges Gelingen. Kurz vorm Fertigwerden werden noch Tiefkühlerbsen dazu geschüttet, damit sie warm werden. Je nach Konsistenz noch abseihen oder eben nicht. Schon steht der fast fertige Reis bereit. Ketchup dazu.

Indisches Fruchtfleisch: In Stücke geschnittenes Hühnerfleisch in die Pfanne geben, salzen und braten. Dazu kommt Kokosmilch, kurz köcheln, noch mit ein wenig Curry und Chili würzen, zerkleinerten Brokkoli hinzufügen und, wenn dieser schon fast durch ist, geschnittene Bananen und Mango hinzugeben. Reis auf den Teller und das Fruchtfleisch darauf portionieren.

Chinesisch-italienische Nudeln: Nudeln kochen und abseihen. In der Zwischenzeit eine mittlere Zwiebel in kleine Stücke hacken und mit etwas Öl anschwitzen bis die Stückchen glasig sind. Geschnittenen Chinakohl hinzufügen und anschmoren. Tomatensauce dazu, mit Salz und Pfeffer würzen.

Linsensuppe: Linsen und in Stücke geschnittene Zucchini kochen, je nach Wassermenge Suppenwürfel hinzu und nachdem alles durch ist pürieren. Würstel zerkleinern, in der Suppe erwärmen und auftischen.

Thon au fromage: Nudeln kochen und abseihen. Schlagobers, Eckerlkäse und Thunfisch aus der Dose in der Pfanne vermischen und erwärmen. Salzen und pfeffern und mit den Nudeln servieren.

Brunchgemüse: Tiefkühlgemüse in einem Topf mit sehr wenig Wasser kochen. Wenn es halbwegs warm ist, nach Belieben eine Sorte des Aufstriches *Brunch* hinzugeben und zu einer Soße verkochen. Mit Nudeln, Reis oder Kuskus servieren.

Für den Hunger zwischendurch:

Kaisersemmel mit knuspriger Krone Eine Semmel wird mit Butter bestrichen und darauf sehr viel Kakao gestreut. Voilà.

Kaisersemmel mit weißer Haube: Sauerrahm auf eine Semmel streichen und zuckern.

Rot-gelbe Jause: Eine Scheibe Brot nehmen und mit Ketchup und Senf beschmieren.

Fusili in süßer Farbvariation: Bunte Spiralnudeln kochen, abseihen, etwas Butter auf den heißen Nudeln zergehen lassen und reichlich zuckern.

Dabei handelt es sich zwar nicht um den neuesten Trend, aber zumindest wäre jetzt ein Anglizismus dafür ge-

funden: e-cooking (economic cooking) oder im österreichischen Jargon auch Restverwertung genannt. Hierzu zwei Grundrezepte:

Soupe d'hier: Einen Liter Wasser kochen, zwei Suppenwürfel hinein werfen, warten bis die sich auflösen und dann den Reis vom Vortag hinzufügen.

Überbackenes Allerlei: Du brauchst eine Auflaufform und alles was an Resten im Kühlschrank vorhanden ist. Rohes und festes Gemüse wie Karotten und Kartoffeln entweder sehr klein schneiden oder vorkochen. Ein Ei mit ungefähr einem halben Becher Schlagobers und zwei Löffel Sauerrahm verquirlen, salzen, pfeffern und über die Reste in die Auflaufform gießen. Für ungefähr 25 Minuten in den (vorgeheizten) Backofen bei 200° geben. Fünf Minuten vor Backende geriebenen Käse drüber streuen – gegebenenfalls noch länger drinnen lassen.



Für alle jene, denen diese Rezepte zu unkonventionell klingen, die aber dennoch ihr Repertoire an Gerichten aufstocken wollen, wäre dieser Link zu empfehlen: www.ichkoche.at

Mahlzeit. ◀

Die Autorin studiert Soziologie in Wien.

Der Wal als Utopie

Studierende der Universität für angewandte Kunst konzipierten einen 14 Meter langen Wal, der während des EU-Bildungsgipfels vorm Burgtheater in Wien stehen soll. Nun wird um die Symbolik der Konstruktion gerungen. Olivia Kaiser, die den Wal miterschuf, unternimmt einen Deutungsversuch.

OLIVIA KAISER

Der Wal, das größte Tier auf dieser Welt, noch nicht völlig ausgestorben, aber gefährdet durch die ihn jagenden Menschen und die fortschreitende Zerstörung seiner Lebenswelt, ist dem Menschen dennoch ein Medium des Nachdenkens über sich selbst.

Hat der Wal, dessen Hirnmasse wohl ausgereicht hätte, Logarithmen zu berechnen, doch keine Hände ausgebildet, kein Werkzeug entwickelt, sich nicht auf jene endlose, qualitative Reise begeben, die die Menschen Geschichte nennen und meist schon vergessen haben, dass sie selbst sie machten – täglich, stündlich, bewusst und bewusstlos zugleich.

Den Tieren soll das Denken überlassen werden, eine Polemik, zu der es einen ziehen mag, wenn sich nicht unvergnügt, sei es mit Ironie, über die menschliche Dummheit, die wirren Ideologien, die notorischen Fehlentscheidungen und verqueren Machtverhältnisse dahin geärgert wird. (Die Wahrheit läuft hinterher, blitzt auf, wenn es dunkelt, und ist bald auch verdunkelt.) Die einhergehende Verdunkelung der Wahrheit und der daraus resultierenden Malaise, zum Beispiel in der wissenschaftlichen und akademischen Kultur, lassen die Realität

einmal grotesk aus der Ferne als Panorama, dann sich selbst und seinen eingenommen Befugnissen gegenüber unveränderbar erscheinen.

Wir harren bloß noch aus. Der Wal ist ein Symbol für ein Denken, in dem alles auf alles wirkt, das bedeutet: Alles hängt mit allem zusammen, alle Aspekte eines Weltgeschehens in ihrer andauernden Aktualität erzeugen eine Rundumsicht, in der alles gleichzeitig zusammenwirken mag. Eine Welt, die nicht von vornherein in Sektoren, Disziplinen, Sparten eingeteilt ist, die einen flüssigen Zusammenhang kennt, in der nichts bedeutungslos ist, alles seine Aktualität hat. Dagegen die Stockung, das Beiseite-, das auf sich Zurückgeworfensein: Der gestrandete Wal, zur Bewegungslosigkeit verdammt, mimt auch festgefahrene Strukturen, jedwede Aktivitäten sind eingestellt, wir harren bloß noch aus.

Dem Rathaus gegenüber, das Burgtheater im Rücken, direkt am Ring, richtet sich der Wal an ein bunt zusammengewürfeltes Publikum, verwandelt den innerstädtischen öffentlichen Raum, der sich gegen jedwede Veränderung stellt, in einen Ort der Subversivität. Sein Potential sind Bücher ohne BesitzerInnen, die nach wissbegierigen, aufmerksamen Leserinnen und Lesern

fragen, ob diese sich nun einstellen oder nicht.

Vielleicht vertritt der Wal, dessen Gerippe mit Büchern gefüllt ist, die Vorstellung einer aktiven, gestaltenden Teilnahme am Aufbau einer anders gearteten Gesellschaft: „Nimm dir ein Buch, es ist umsonst, bringe eines zurück, und wundere dich über den freien Mut.“

Das Warten und Hoffen auf eine passive, individuelle Rettung seitens der gelehrten Institutionen, ohne selbst nach dem Buch zu greifen und sich nicht wirkungsmächtige Erkenntnis und nützliches Wissen zu erarbeiten, bedeutet höchstens, sich den Bewegungen der Welt anzupassen und mitzuschwimmen.

Studierende aus verschiedenen Klassen der Angewandten, freier und angewandter Kunst, haben sich wöchentlich zusammengesetzt, nachgedacht in offenen Gesprächen, mit Freude an den Assoziationen, in gemeinsamer Vertiefung in Lektüre und anschließenden weit reichenden Diskussionen, Entschlüsse gefasst.

Utopisch und hoch gefährdet. Wir bauen einen Wal, wir suchen nach einem Symbol, welches alt und utopisch, zu schützen und hoch gefährdet ist. Wir arbeiten zusammen und ergeben uns nicht den Sorgen, welche auf den Einzelnen lasten, aber doch in vielen Punkten gemeinsame sind. Wie wir leben wollen, was sich für uns alle zu ändern hat, können wir nicht als Einzelne, sondern nur aus einem gemeinsamen Streit heraus in Erfahrung bringen.

So verbindet sich das Politische mit dem Sozialen.

ArchitektInnen, BühnenbildnerInnen, MalerInnen, KunstpädagogInnen und FotografInnen waren an der Konzeption und an der technischen Realisierung beteiligt, eine Mixtur aus verschiedenen Studien! Freundschaften sind entstanden, ein reger Austausch über die eigenen Studienrichtungen hinaus hat zu einer viel beschworenen inter- und transdisziplinären Zusammenarbeit in der Angewandten geführt, zwischen so genannten angewandten

und freien Fächern der Kunstuniversität. Transdisziplinarität in Form von Projektarbeiten zwischen den Studiengängen ist in jedem Uni-Entwicklungsplan als ein fixer Gestaltungspunkt angedacht und verordnet, aber war und ist kaum durchzusetzen.

Selbstorganisation und Selbstsozialisation sind da vielleicht die ausschlaggebenden Kriterien, welche nicht verordenbar sind. „Sie zeigen, dass unsere Zivilisation, bei aller Bedrohung der sie ausgesetzt ist, auf die tragfähigen Bündnisse von selbstreflektierenden Individuen angewiesen bleibt, die sich gegenseitig unterstützen und die universelle Forderungen nach Gerechtigkeit und Menschwerdung erheben, um sie in einer sich idealiter selbstkorrigierenden Praxis weiterzutragen.“ (Manfred Bauschulte: Klaus Heinrichs faszinationsgeschichtliche Analysen der Zivilisation.)

Die Autorin studiert Malerei an der Universität für angewandte Kunst.

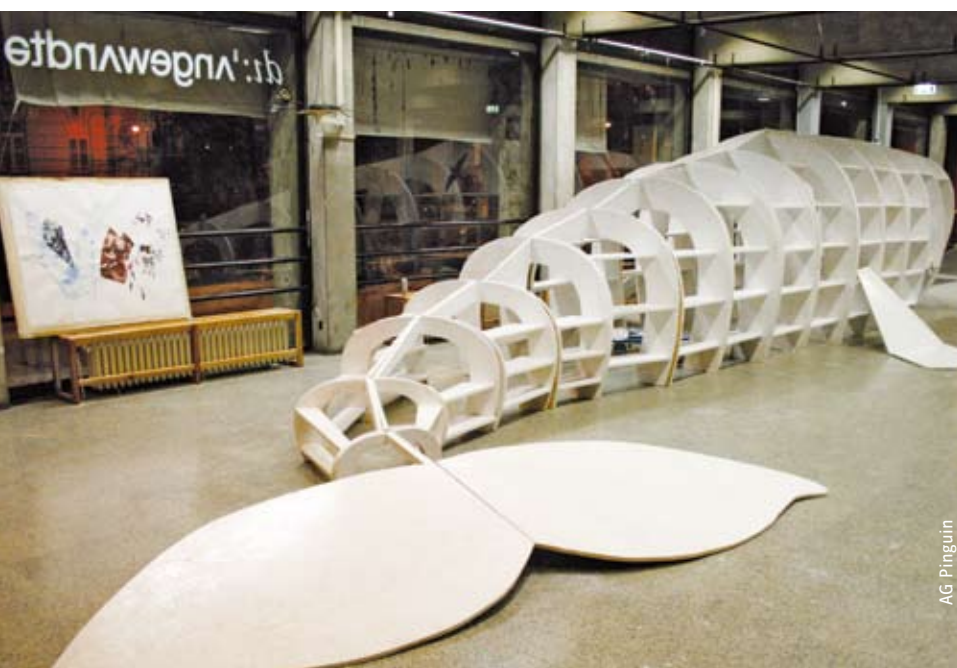
INFOBOX

Die Idee zum Bau eines großen Objekts, welches ein sichtbares, ja unübersehbares Zeichen des andauernden Protestes der Bildungsbewegung werden soll, ist während eines Plenums im Zuge der Uni-Proteste entstanden.

Die AG Pinguin hat sich gebildet und entschlossen, die Wiese vor dem Burgtheater mit einer sozialen Plastik in Form eines 14 Meter langen Wals zu bespielen. Ein skelettartiges Grundgerüst, das durch horizontale Bretter zu Regalen wird, bietet Platz für mehrere tausend Bücher.

Der Wal wurde binnen weniger Tage in der Aula der Angewandten konstruiert und während dem Tag der offenen Tür am 28. Jänner fertiggestellt und präsentiert. Der Wal soll zur Zeit des Bildungsgipfels am 13. März vor dem Burgtheater aufgebaut werden.

Der „gestrandete Wal“ bietet Platz für mehrere tausend Bücher



Faire Computerindustrie?!

Der folgende Artikel ist eine Spurensuche, die uns in die Länder des Südens führt und zudem Handlungsmöglichkeiten aufzeigt, wie jede und jeder dazu beitragen kann, eine sozial und ökologisch nachhaltige Computerindustrie zu verwirklichen.

MARTINA SEEHUBER

Wir wissen meist viel über die technischen Daten eines Computers, wie groß der Arbeitsspeicher ist oder welche Auflösung er hat. Doch wir wissen kaum, woher unsere Computer eigentlich kommen, von wem und unter welchen Umständen sie produziert werden.

Einen langen Weg hat ein Computer schon zurückgelegt, bis er auf unserem Schreibtisch steht. Der erste Schritt ist die Rohstoffgewinnung. Die Produktion eines Computers ist sehr rohstoffintensiv, allein für einen einzigen Computer werden zahlreiche Metalle aus verschiedenen

talls wurde ein BürgerInnenkrieg mitfinanziert, bei dem etwa fünf Millionen Menschen starben. Dieser BürgerInnenkrieg hätte nicht in dem Ausmaß stattfinden können, hätten westliche Firmen in anderen Ländern, wie beispielsweise in Australien, Koltan eingekauft anstatt in der DR Kongo.

Zweifelhafte Arbeitsbedingungen

Schwere Arbeitsrechtsverletzungen sind in der Produktion zu verzeichnen: ArbeiterInnen, die trotz harter Überstunden extrem schlecht bezahlt werden und zudem nur ungenügend Schutzkleidung zur Verfügung gestellt bekommen, sind die Regel. Weiters gibt es keine Kran-

nerInnen, welche günstig produzierende Fabriken (Subkontraktoren) zumeist in China suchen, die die einzelnen Teile eines Computers herstellen. So kann es sein, dass die Einzelteile eines Laptops aus mehr als 50 Fabriken stammen. Die Arbeitsbedingungen in diesen Fabriken sind untragbar und die MarkenherstellerInnen wollen dafür keine Verantwortung übernehmen.

Nord-Süd Gefälle. Obwohl die Produktion der handelsüblichen Computer zur Gänze in den Ländern des Südens stattfindet, werden sie zum Großteil in den Ländern des Nordens genutzt. Es besteht eine digitale Kluft zwischen Süd und Nord:

er auf großen Müllhalden abgeladen wird. Dort recycelt die ansässige Bevölkerung den Elektroschrott: Ohne Schutzkleidung oder andere Vorsichtsmaßnahmen verbrennen sie Kabel und Plastik und atmen giftige Dämpfe ein, um an die wertvollen Rohstoffe zu kommen und sie für ein wenig Geld verkaufen zu können. Dass auch hier gravierende gesundheitliche Probleme und schwere Umweltschäden in großem Ausmaß auftreten, liegt auf der Hand.

Was tun? Für alle Lebenszyklen eines Computers gibt es erfolgreiche, aber noch relativ junge Initiativen, die sich für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Computerindustrie einsetzen. Sie fordern MarkenherstellerInnen auf, ihre soziale Verantwortung gegenüber ihren Zulieferbetrieben wahrzunehmen und umzusetzen. So auch *Clean IT*, eine Kampagne von *Südwind*, die sich für bessere Arbeitsbedingungen in der Computerindustrie stark macht. Dabei setzt sie an mehreren Stellen an. Zum einen bei der öffentlichen Beschaffung, zum Beispiel in Schulen, Ministerien und Universitäten, zum anderen bei den einzelnen KonsumentInnen und VerbraucherInnen.

KonsumentInnen können beim Kauf eines Computers nach den sozialen Kriterien fragen und ihren Wunsch nach mehr Fairness mitteilen, denn dadurch wird den Unternehmen bewusst, dass zunehmend mehr Menschen ein kritisches Auge auf die Arbeitsbedingungen in der Computerindustrie werfen und sich mehr soziale Verantwortung der Unternehmen wünschen. Da Unternehmen weder ihre Absatzmärkte verlieren noch ein schlechtes Image möchten, sind bereits erste kleine Veränderungen festzustellen. Die Verbesserungen stehen noch ziemlich am Anfang; einen tatsächlich fair produzierten Computer gibt es noch nicht.

Die Autorin studiert Internationale Entwicklung in Wien.

Es geht nicht nur um faire Arbeitsbedingungen - auch ökologische Nachhaltigkeit ist gefragt.



Foto: Romanow

Teilen der Welt benötigt, ebenso 1500 Liter Wasser und 25 Kilogramm fossile Brennstoffe.

Die Gewinnung dieser Rohstoffe ist dabei nicht unproblematisch, da sie oftmals Konflikte zwischen multinationalen Firmen und der ansässigen Bevölkerung hervorruft. Ein Beispiel für einen solchen Konfliktrohstoff ist Koltan, das unter anderem in der Demokratischen Republik Kongo (DR Kongo) gewonnen wird. Mit dem Verkauf dieses Me-

tenversicherung. Giftige Abfallprodukte und Chemikalien werden nicht fachgerecht entsorgt und stellen damit eine große Gefahr für Mensch und Natur dar.

Gesetze gibt es zwar, jedoch ist ihre Umsetzung aufgrund des unübersichtlichen Produktionssystems schwierig zu überprüfen. Computer werden nicht in einer einzigen Fabrik hergestellt, sondern eine Markenfirma (zum Beispiel *Apple*) erteilt einen Auftrag an ihre Kontraktpart-

nerInnen, welche günstig produzierende Fabriken (Subkontraktoren) zumeist in China suchen, die die einzelnen Teile eines Computers herstellen. So kann es sein, dass die Einzelteile eines Laptops aus mehr als 50 Fabriken stammen.

Während in den USA fast 85 Prozent der Bevölkerung einen Computer nutzen, sind es in der DR Kongo nur 0,5 Prozent der Bevölkerung. Durchschnittlich tauschen wir unsere Computer alle zwei bis drei Jahre gegen einen neuen aus. Damit beginnt die Rückreise des Computers in die Länder des Südens. Gegen gesetzliche Regelungen wird unser Elektroschrott unter dem Deckmantel „Second Hand Ware“ zumeist nach Afrika verschifft, wo

UNI BRENNT

Mit *UNI BRENNT* haben die Studierenden der Protestbewegung vom Herbst und Winter letzten Jahres ein Zeichen gesetzt, welches verhindern soll, dass man sie einfach wieder vergisst. Ein umfassendes und abwechslungsreiches Buch zu den Uni-Protesten 2009.

So schnell, wie sich der Rebellionsgedanke damals verbreitet und Studierende in vielen verschiedenen Städten Österreichs und Europas auf die Barrikaden gerufen hat, so schnell ist auch dieses Buch entstanden. Ende November 2009 formte sich die *Arbeitsgemeinschaft Buchveröffentlichung* an der Uni Wien und begann, rastlos Informationen zu sammeln und ein Konzept zu erstellen. Innerhalb von zwei Monaten war das Manuskript fertig für den Verlag. Herausgekommen ist ein Buch, das einen bunten und kritischen Diskussionsbeitrag zur Bildungs- und Universitätsdebatte geben und die Öffentlichkeit über die Proteste informieren möchte, auf unterhaltsame und auch lehrreiche Weise. Unterschiedliche Textsorten sollen den LeserInnen ermöglichen, sich dem Thema von verschiedenen Seiten zu nähern. AutorInnen sind nicht nur Studierende, sondern auch Lehrende, Intellektuelle und KünstlerInnen, die sich im

Zuge der Proteste zu Wort meldeten und ihre Solidarität in den besetzten Hörsälen bekundeten.

Gegliedert ist die Textsammlung in zwei Teile: In der ersten Hälfte werden grundsätzliche Fragen zum Bildungsbegriff und zur Bildungspolitik behandelt und es wird ein Einblick in das Leben der Studierenden und Lehrenden geschaffen. Thomas Schmidinger und Herta Nöbauer beschäftigen sich zum Beispiel mit der speziellen Situation der universitären LektorInnen und erklären, warum sich gerade so viele externe LektorInnen an den Uni-Protesten beteiligt haben. Verschiedene andere Texte beschreiben das Leben als StudentIn mit allen finanziellen, zeitlichen und emotionalen Problemen.

Die zweite Hälfte von *UNI BRENNT* beschäftigt sich mit den Protesten an sich. Fotos von Martin Juen geben einen schönen Überblick über die Ereignisse, beschränken sich allerdings auf Wien. Der Abdruck des Forderungskatalogs verleiht den Forderungen der Protestierenden einmal mehr Nachdruck.

Barbara Maier und Jakob Arnim-Ellissen beschreiben die Organisation und Arbeitsweise der Protestierenden, Leo Hiesberger beschäftigt sich mit dem Politikverständnis der AudimaxistInnen und die *Squatting-Teachers* (Zusammenschluss

von Lehrenden, Forschenden und Studierenden verschiedener Wiener Universitäten) legen ihre Position als Lehrende, die sich an den Protesten beteiligen, dar.

Darauf folgen (zum Teil gekürzte) Reden unter anderem von Armin Thurnher und Robert Misik, Interviews mit Gustav, Bahman Nirumand und Matthias Hartmann sowie Stellungnahmen des Generalsekretärs des Wissenschaftsministeriums Friedrich Faulhammer, dem Rektorat der Uni Salzburg und dem Innsbrucker Universitätsrektor Karlheinz Töchterle.

Das Buch schließt mit einer Chronologie der wesentlichen Ereignisse der Proteste.

Alles in allem ein sehr lesenswertes Stück Geschichte.

Marscha Azmann ◀



UNI BRENNT. Grundsätzliches – Kritisches – Atmosphärisches, Hrsg. von Stefan Heissenberger, Viola Mark, Susanne Schramm, Peter Sniesko, Rable Sophia Süß, Turia + Kant, 318 S., 16 x 24 cm, EUR 24,-, ISBN 978-3-85132-604-8

ZWEIMAL HINGEHÖRT



Tocotronic | Schall und Wahn

LUKAS: War auf früheren Platten alles mit einem gewissen Augenzwinkern zu verstehen, lässt sich das seit dem weißen Album nicht mehr mit Sicherheit sagen. Zumindest in der Konzeption scheint die Musik und somit vorwiegend der Text von *Tocotronic* als Vorlage für das moralische Gewissen der Generation Indie zu gelten. Der Umgang damit fällt schwer. Unterm Strich haben die Herren aber wiederum ein einwandfreies Album veröffentlicht, an dem sich nicht so richtig was aussetzen lässt, außer dass es sich von den Vorgängern nicht wirklich unterscheidet. Zumindest besteht der Eindruck, als würden sie selber noch gerne Musik machen.

NIKI: Es ist fast spürbar, dass *Tocotronic* eine große Bandbreite guter Musik hören und sich davon inspirieren lassen. Ihre besondere Gabe liegt darin, stets den richtigen Sound für den gewollten Effekt in jedem einzelnen Lied haarscharf zu erwischen. Leider wirkt ihr intellektueller Anspruch was das Lyrische betrifft auch auf diesem Album oft gekünstelt, ihre versuchte Ironie hinkt. Die Elite, für die sie die Songs schreiben, bleibt stets imaginativ. Trotz überzeugender Genugtuung nach dem Hören der gesamten Platte können sie (noch immer) nicht an ihre großen ersten Alben anknüpfen. Anspieltipp: *Bitte Oszillieren Sie*.



Xiu Xiu | Dear God, I Hate Myself

LUKAS: Was soll ich sagen, *Xiu Xiu* hören macht zum ersten Mal so richtig Spass, auch wenn die Musik wie immer eigentlich nur aus Geräuschen besteht und die Melodie auch mit sehr angestrengtem Suchen nur ganz selten zu finden ist. Er wimmert, ähh singt doch bezaubernd, reicht das nicht? Subjektiv betrachtet ist das aktuelle Album aber beinahe schon zugänglich. Das bedeutet im Falle *Xiu Xiu*, dass es richtig gerne gehört werden kann, auch ganz ohne masochistisch veranlagt zu sein. Geradezu wunderbar ist es geworden.

NIKI: Morbide Gedankenfetzen in postmodernem Soundbuffet der extraterrestrischen Art – das ist *Xiu Xiu*. Niemand kann so eine Musik hören! Und doch werden mir viele beipflichten, immer wieder zu dem gruseligen Klangkabinett zurückkehren zu müssen. Diese zerbrechliche, und doch mächtige Stimme, gehüllt in ein Tongewirr schreiender Toter im brennenden Dschungel, zieht einen in ihren selbstzerstörerischen Bann. Und irgendwo am Horizont ist sie, die Melodie, die blutende, pure Seele. Vertrackt, verwirrt, verloren und so wunderschön. Großartige Platte!



Lukas Eichberger studiert Ernährungswissenschaften in Wien.

Niki Hofmüller studiert Germanistik & Anglistik in Wien.

Der „antifaschistische Konsens“ und Barbara Rosenkranz

Ein Gastkommentar von Hans Rauscher

Antifaschistischer Grundkonsens“ – was ist denn das schon wieder? Jedenfalls etwas, dass der Dritte Nationalratspräsident Martin Graf, Mitglied einer als rechtsextrem eingestuft schlagenden Burschenschaft, gar nicht mag. Der antifaschistische Konsens werde von der Mehrheit der Bevölkerung nicht getragen und sei auch nicht identitätsstiftend. Die FPÖ fühle sich nicht daran gebunden, sagte er im Sommer vergangenen Jahres in mehreren Interviews.

Aktuell zeigt die FPÖ, was sie vom „antifaschistischen Grundkonsens“ hält, indem sie eine extrem rechts stehende Dame, die niederösterreichische Landesrätin Barbara Rosenkranz, als Kandidatin für die Bundespräsidentenwahl aufstellt. Frau Rosenkranz ist eine „stille Rechte“, vermeidet antisemitische oder NS-verharmlosende Sprüche, die sie in die Nähe des NS-Verbotsgesetzes bringen könnten. Dieses Gesetz, das unter anderem die Leugnung des Holocaust unter Strafe stellt, will sie allerdings abschaffen. Die Leugnung des Holocaust durch den früheren FP-Abgeordneten John Gudenus bezeichnete sie als „freie Meinungsäußerung“. Das reicht im Kontext ihrer sonstigen politischen Aussagen, vor allem zum „Volkstum“, um Frau Rosenkranz mindestens als „extrem rechts“ einzustufen.

Rechtsextreme bis neo-nazistische Kandidaten bei Bundespräsidentenwahlen sind allerdings keine Neuheit im Österreich der Zweiten Republik. 1980 trat der frühere FP-Politiker Norbert Burger, übrigens wie Martin Graf Mitglied der Burschenschaft Olympia, an und erreichte 140.000 Stimmen oder 3,2 Prozent. Der frühere FP-Politiker Otto Scrinzi erreichte bei der Wahl 1986 1,2 Prozent.

Der Unterschied zu heute besteht darin, dass nicht mehr Splittergruppen extrem rechte Kandidaten aufstellen, sondern eine relativ große Parlamentspartei wie die FPÖ. Die extreme Rechte dringt in die Mitte der Gesellschaft vor. Womit wir wieder bei der Frage sind, was der „antifaschistische Konsens“ ist und ob er für das heutige politische Leben relevant ist.

Der Begriff bedeutet schlicht und einfach, dass die politischen Organisationsformen, aber vor allem auch Ideen und Mentalitäten des massenmörderischen NS-Regimes keinen Platz in einer modernen, liberalen Demokratie haben dürfen. Rassismus, Ausländerfeindlichkeit oder gar Antisemitismus, aber auch alle Formen einer autoritären Gewaltherrschaft sollen für immer aus dem politischen Leben eines Staates und – das ist

entscheidend – auch aus dem Denken der großen Mehrheit verbannt sein.

Dieser Konsens stand am Ende der NS-Herrschaft und am Beginn der Republik. Er war die geistige Voraussetzung jener Eliten, die inmitten der Trümmer, der Leichenhaufen und der moralischen Verwüstung der letzten Kriegstage die Unabhängigkeit ausriefen und die neue Republik gründeten. Die drei staatsgründenden Parteien SPÖ, ÖVP und KPÖ einigten sich implizit auf eine Haltung des „Nie wieder“. Allerdings war schon die Terminologie problematisch: Es hätte „anti-nationalsozialistischer Konsens“ heißen müssen. Der „Faschismus“, in Italien entstanden, ist etwas anderes als der später von Hitler entwickelte Nationalsozialismus. Es fehlt ihm vor allem die völkermörderische Dimension des NS.

Die Republikgründer wollten jedenfalls den Nationalsozialismus als Ideologie ein für allemal ausgetilgt wissen. Man sollte meinen, dass nach den Erfahrungen mit dem Nationalsozialismus alle dafür gewesen wären. Doch es gab in Österreich eine starke Minderheit, nicht nur ehemalige Nationalsozialisten, die fanden, der Nationalsozialismus hätte doch auch seine guten Seiten gehabt und man könne einige seiner Elemente beibehalten. Antisemitismus war zum Beispiel nach wie vor weit verbreitet und sogar Gründerväter der Republik wie Leopold Figl und Adolf Schärf waren nicht frei davon. Eine nicht so kleine Minderheit dachte sogar an ein politisches Wiederaufstehen des NS. Deshalb wurde 1947 das Verbot nationalsozialistischer Wiederbetätigung beschlossen.

Der „antifaschistische“ oder eher „anti-nationalsozialistische“ Grundkonsens war also von Anfang an eingeschränkt und löchrig. Einen Hitler und einen Krieg wollte man nicht wieder, auch die KZs nicht. Aber eine autoritäre Herrschaft („a klaner Hitler“) und ein rassistisches Denken, das war vielen nicht fremd. Die Politik lehnte den Nationalsozialismus ab, begünstigte aber die ehemaligen (und innerlich nicht so ehemaligen) Nationalsozialisten – auch materiell.

Es folgte eine lange Periode des langsamen Umdenkens – mit vielen Rückschlägen. Bruno Kreisky war derjenige, der den „antifaschistischen Konsens“ am nachhaltigsten schädigte, indem er sich von FPÖ-Obmann Friedrich Peter, Mitglied einer SS-Judenmordeinheit, unterstützen ließ und ihn seinerseits vehement in Schutz nahm.

Der eigentliche Bruch kam 1986/88 mit dem Gedenken an 50 Jahre „Anschluss“ Österreichs an

Hitlerdeutschland, beziehungsweise mit den Enttüllungen über Kurt Waldheim. Waldheim war das Symbol für die lügnerische Verschleierung der österreichischen Verstrickung in den Nationalsozialismus. Das ging aber nicht mehr durch – nicht vor dem demokratischen Ausland, nicht vor der Meinung einer wachsenden Zahl vor allem junger Österreicher. Mit der sogenannten Waldheim-Affäre endete der Verschweigungs- und Verharmlosungskonsens. Österreichs Rolle im Nationalsozialismus wurde thematisiert, wurde von Politikern einer neuen Generation wie Franz Vranitzky klar angesprochen. Die Mentalitäten in der Bevölkerung änderten sich allmählich. Antisemitische Einstellungen wurden in den Umfragen seltener. Das studentische Leben, das bis tief in die 70er-Jahre von den Rechten beherrscht worden war (der RFS war bis 1974 zweitstärkste Fraktion in der ÖH), ging nach links.

Seither steht dieser Konsens wieder unter Beschuss oder eher unter hartnäckigem Unterminierungsdruck. Die Hoffnung vor allem in der ÖVP, den Zulauf zu der rechten FPÖ durch „Einbindung“ bremsen zu können, erfüllte sich nicht. Unter Strache legt die Partei wieder zu, wobei der Einfluss der „harten Rechten“ in der Partei, der Burschenschafter, Deutschnationalen und Praktisch-Neo-Nazis eher größer ist als zu Haider's Zeiten.

Unter dem Eindruck des missglückten „Einbindungs-Experiments“ ist sowohl bei ÖVP wie SPÖ die Lust auf eine neuerliche Legitimierung der FPÖ durch eine Koalition eher gering. Es gibt aber in beiden Parteien Kräfte, die es wieder versuchen wollen. Und die Wahl von Martin Graf durch ÖVP und Teile der SPÖ zum Dritten Nationalratspräsidenten war eine erste, kräftige Delle im neuen „anti-nationalsozialistischen Konsens“, den man jetzt eher den „anti-rechtsextremen Konsens“ nennen sollte.

Dieser Konsens hält noch irgendwie, aber er ist gefährdet. Wenn die FPÖ sagt, sie fühle sich nicht daran gebunden, dann ist das eine klare Absage an die Erfolgsgeschichte Österreichs seit 1945. Mehr noch: Die FPÖ arbeitet mit aller Macht an der Delegitimierung dieses Konsens'. Extrem rechtes Denken soll als normal und akzeptabel empfunden werden. Die Kandidatur von Barbara Rosenkranz ist ein Mittel auf dem Weg dahin. ◀

Der Autor ist Kolumnist der Tageszeitung Standard und veröffentlichte mehrere Bücher

EUROPA: VORBEREITUNG ZUR BOLOGNA-KONFERENZ

Im Vorfeld der 10-Jahre-Bologna-Jubiläumskonferenz haben sich die europäischen BolognavertreterInnen Ende vergangener Woche in Madrid getroffen. Was im März in Budapest und Wien verkündet werden soll, wurde hier noch einmal im Detail diskutiert. Die wichtigsten Punkte:

Knallende Sektkorken: Der Europäische Hochschulraum mit harmonisierten Studienstrukturen wird hiermit feierlich eröffnet! **Selbstkritik:** Die massenhaften Proteste von Studenten, Lehrern und Forschern lehren, dass die akademische Gemeinschaft stärker an Entscheidungen und Gestaltungsprozessen beteiligt werden muss. **Verräterische Sprache:** Der Terminus „brain circulation“, der die Problematik vom Brain Drain zum Nachteil bestimmter Länder andeutet, wurde durch das neutrale Wort Mobilität ersetzt. **Kasachstan:** Der ehemalige Sowjetstaat zwischen dem kaspischen Meer und China wird Mitglied des Europäischen Hochschulraums, was die interessante Diskussion entfachte, wo Europa eigentlich endet. [957]

Bologna Ministerial Anniversary Conference 2010 in Budapest and Vienna

SCHOTTLAND: FLEXIBLES STUDIENMODELL MACHT SCHULE

Was haben Aberdeen, die nördlichste große Stadt Schottlands, und die australische Metropole Melbourne gemeinsam? – Wie es aussieht, bald ihre innovative Studienstruktur, denn die Universität von Aberdeen will das sog. „Melbourne-Modell“ übernehmen, um so unter die besten hundert Hochschulen der Welt aufzurücken.

Die Studienreform bringt mehr Flexibilität und Internationalität: Parallel zum Hauptfach kann Wirtschaft, eine Sprache oder Wissenschaft studiert werden. Der „600-Jahr-Kursus“ zu sozialen Risiken und Nachhaltigkeit ist für alle obligatorisch. Studienzugang und -abschluss sind flexibler, jede Stufe kann zertifiziert werden. Die Vermittlung von Arbeitsplätzen, organisierten Auslandsaufenthalten und Volontariaten wird intensiviert. Kritik ernteten die Aberdeener für die reine Berufsorientierung ihrer Reform – rundum gebildete junge Leute kämen dabei nicht mehr heraus. [886]

Hintergrundartikel zum „Melbourne-Modell“, THE AGE, 12.10.2008 (auf Englisch)

DEUTSCHLAND: EINE HALBE MILLIARDE FÜR GUTE LEHRE

Die Regierungskoalition von Christdemokraten und Liberalen bietet den Ländern einen „Qualitätspakt für gute Lehre“ an und stellt dafür bis 2013 eine halbe Milliarde Euro zur Verfügung. Bundesbildungsministerin Annette Schavan bezeichnete den Qualitätspakt als „dritte Säule“ des nationalen Hochschulpakts, dessen erste und zweite Säule eine besondere Forschungsförderung und die Schaffung von 275.000 zusätzlichen Studienplätzen sind.

Der Qualitätspakt zielt vor allem auf das Bachelorstudium und darauf, die Betreuungsrelation zu verbessern: es sollen mehr Professoren und Tutoren eingestellt werden. Ein besonderes Augenmerk liegt auf den Sozial- und Geisteswissenschaften. Eine bessere Gebäudeinfrastruktur (Hörsäle, Labore, Bibliotheken) und Studienberatung werden ebenfalls unterstützt. Zudem soll ein hochdotierter Preis für gute Lehre ausgeschrieben werden. [864]

Beitrag zum Thema, DIE ZEIT, 17.02.2010 / Pressemitteilung der CDU/CSU, 27.01.2010

SCHWEDEN FÜHRT GEBÜHREN FÜR AUSLÄNDER EIN

Die schwedische Regierung hat die Studiengebühren für Studenten von außerhalb Europas beschlossen (s.a. Bulletin N°046 – 27.1.2010), welche ab Herbst 2011 erhoben werden. Bildungsminister Tobias Krantz räumte ein, dass diese Zahlen anfangs einbrechen könnten, glaubt aber allein aufgrund des großen englischsprachigen Studienangebots an die langfristige Attraktivität Schwedens für Ausländer. Krantz blieb vage über die Höhe der Gebühren, sagte aber, sie sollten die Kosten decken. Etwa 80.000 Kronen (8000 Euro) könnten sie pro Jahr betragen.

Gemeinsam mit den Gebühren führt die Regierung zwei Stipendienprogramme ein. Das eine, finanziert mit umgerechnet 3 Mio. Euro jährlich, gilt Studierenden der zwölf Länder, mit denen Schweden langjährige Kooperationen pflegt. Weitere 3 Mio. Euro sind für begabte Studenten jeglicher Herkunft bestimmt. Im letzten Jahr haben sich 120.000 Nicht-Europäer auf Studienplätze in Schweden beworben. [900]

Pressemitteilung der schwedischen Regierung, 19.02.2010 (auf Englisch)

www.esl-sprachreisen.at

[I don't understand*]



Neu
in Wien!

* Ich verstehe nicht

Verstehen und
verstanden werden.

Wien 01 522 7000

 **E·S·L**
SPRACHREISEN



MITTEN IM LEBEN

Trendy für euch:

- * Unsere Classic Mensa-Menüschiene
- * Choice - unser Mensa-Markt
- * M-Cafés - Treffpunkt für den ganzen Tag
- * Mensa c.d. - Catering Departement

**Mehr Infos unter:
www.mensen.at**



MITTEN IM LEBEN

DIMENSIONS

26.03. - 18.04.2010 | vienna

**SOUND
FRAME**
2010 FESTIVAL

artists

live Microthol

Âme

live channel-f

Jori Hulkkonen

drumpoet.comMUNITY

Depart

live DAS SYNTHIE MODUL

live Lusine

ambientartlab

Strukt

Motionlab | Neon Golden

Steffi

Jake the Rapper

visual installation MXZEHN

live Planningtorock

albumrelease Sofa Surfers

visual installation Legoman (AntiVI)

and many more

dimensions

exhibitions

live-events

workshops | lectures

urban space

locations

Ottakringer Brauerei

kunsthalle project space

künstlerhaus

kasulke

V-Port

salon projektionist

Fluc

festival for audio:visual expressions
www.soundframe.at

Vorverkaufstickets erhältlich bei wienXtra-jugendinfo
Babenbergerstraße 1/Ecke Burgring, 1010 Wien

deporture

WIEN KULTUR

WKO WIEN
WIRTSCHAFTSKAMMER WIEN

WWW.CREATIVE
SPACE
.AT

ZIT ZENTRUM
FÜR INNOVATION
UND TECHNOLOGIE
Die Technologiezentren der Stadt Wien

BM.W.F^a
Bundesministerium für Wirtschaft und Forschung